



Deutsche Polizei

Nr. 4 April 2005

Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei

ANGST im Polizeialltag?

In dieser Ausgabe:

EuroCOP:
Arbeitsbedingungen
von Polizisten in der
EU im Fokus

Demokratie:
Vertrauen der Deutschen
schwindet bedenklich

Beamtenversorgung:
Abgeflachter Anstieg der
Versorgungsanpassung

Digitalfunk:
Ökonomische Aspekte

Soft-Air-Waffen:
Rechtliche und technische
Problemstellungen

Verkehrssicherheit:
Start in die Motorradsaison

2 KURZ BERICHTET

Waffenrecht: GdP-Initiative zeigt Wirkung

Digitalfunk: Wichtiger Schritt für die Innere Sicherheit und die Sicherheit der Polizei

4 KOMMENTAR

Sicherheit braucht Instrumentarien

4/5 FORUM

6 TITEL/ANGST IM POLIZEIALLTAG

11 Ohne natürliche Angst wäre die Menschheit ausgestorben

14 Angst im Kollegenkreis – niemanden allein lassen

16 Ängste im Polizeialltag – Forderungen an den Dienstherren

17 ARBEITSSCHUTZ

Wie hoch ist die berufliche Belastung im Polizeialltag?

18 EUROCOP-KONFERENZ

Arbeitsbedingungen von Polizisten in der EU im Fokus

DEMOKRATIE 20

Vertrauen der Deutschen schwindet bedenklich

BEAMTENVERSORGUNG 21

Abgeflachter Anstieg der Versorgungsanpassung

VERKEHRSSICHERHEIT 25

Start in die Motorradsaison

HÄUSLICHE GEWALT 27

Kriminologische Studienwoche

INFORMATIONSD- UND KOMMUNIKATIONSTECHNIK 29

Einführung des Digitalfunks – ökonomische Aspekte

SENIORENJOURNAL 30

Aktivitäten sind gefragt

Bundesseniorenvorsitzender: Nicht nur Jugend, auch Senioren brauchen Zukunft!

RECHT/BÜCHER 32



Deutsche
Polizei

Titelgestaltung: Rembergt Stolzenfeld



Druckauflage dieser Ausgabe:
185.981 Exemplare
ISSN 0949-2844



Inhalt:
100% Recyclingpapier
Umschlag:
chlorfrei gebleicht



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

Nr. 4 • 54. Jahrgang 2005 • Fachzeitschrift
und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei,
Forststraße 3a, 40721 Hilden,
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0,
Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP:
<http://www.gdp.de>

Redaktion Bundesteil:
Marion Tetzner
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle,
Stromstraße 4, 10555 Berlin,
Telefon (030) 39 99 21 - 114
Fax (030) 39 99 21 - 190
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de

Grafische Gestaltung & Layout:
Rembergt Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen
Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte
Manuskripte kann keine Gewähr übernommen
werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir
an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten

Verlag:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Lothar Becker

Anzeigenleiter:
Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29
vom 1. Januar 2005

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

WAFFENRECHT:

GdP-Initiative zeigt Wirkung

Zwei wichtige Schritte vorwärts für das beharrliche Eintreten der GdP gegen das ungehinderte Führen von Soft-Air-Waffen in der Öffentlichkeit:

1. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat Mitte März 2005 die Initiative der GdP aufgegriffen und einen Antrag zum „Verbot des Führens von Anscheinswaffen“ beschlossen.

2. Das Bundesinnenministerium hat zusammen mit dem Fachbeirat Schießsport eine Ächtungskampagne beschlossen, die die Verwendung von Waffen mit dem Aussehen von vollautomatischen Kriegswaffen als unerwünscht erklärt.

Der Antrag der CDU/CSU-Fraktion zielt auf Waffennachbildungen im „Military-Look“, die seit dem Wegfall des so genannten Anscheinsparagrafen im alten Waffengesetz den Markt überschwemmen. Nach dem

alten Waffengesetz galt schlicht alles als verbotener Gegenstand, was den Eindruck einer automatischen Kriegswaffe hervorrief – unabhängig davon, ob es sich um ein Original oder um ein Imitat handelte. Die CDU/CSU-Fraktion hat sich das Argument der GdP zu Eigen gemacht, dass die Verwechslungsgefahr mit einer scharfen Kriegswaffe zu lebensgefährlichen Situationen in der Öffentlichkeit führen kann, wenn nämlich Polizistinnen oder Polizisten von einer unmittelbaren realen Bedrohung ausgehen.

Innenministerium und Fachbeirat wollen mit ihrer Ächtungskampagne dafür Sorge tragen, dass dem Missbrauch, der sich durch Nachbildungen und unbrauchbar gemachte Kriegswaffen entwickelt hat, entgegengewirkt wird.

W. D.

DIGITALFUNK:

Wichtiger Schritt für die Innere Sicherheit und die Sicherheit der Polizei

Als einen erfreulichen Durchbruch hat GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg, das Ende des Streits über die Einführung des digitalen Polizeifunks begrüßt: „Das ist ein wichtiger Schritt für die Innere Sicherheit in Deutschland und auch für die Sicherheit der Polizeibeamtinnen und -beamten. Für die GdP, die einen jahrelangen Kampf um den Austausch der alten, störanfälligen und nicht abhörsicheren Technik geführt hat, ist das ein großer gewerkschaftspolitischer Erfolg.“

Die Staatssekretäre der Innenminister und -senatoren hatten sich am 15. März darauf verständigt, ein bundeseinheitliches System einzuführen und bis spätestens Ende 2010 in Betrieb zu nehmen.

Konrad Freiberg appellierte an die Länder, nicht bis 2010 zu warten, sondern über das Rumpfnetz des Bundes an der Entwicklung des Funksystems mitzuwirken. Er habe zwar Verständnis dafür, dass einzelne Länder finanzielle Probleme hätten, der anvisierte Termin für die Einführung des digitalen Funknetzes bis 2010 dürfe aber „nicht überschritten“ werden. Denn der Funk sei für die Polizei keine Frage des Komforts.

„Wenn bei einer laufenden Fahndung zum Beispiel von eingesetzten Kräften wichtige Informationen, wie die Bewaffnung des Täters, nicht aufgenommen werden können, kann dies über Gesundheit und Leben entscheiden.“ (s. auch S. 29)

hol

HOCHSCHULE DER POLIZEI:

Erste Hürde genommen

Das Gesetz über die Deutsche Hochschule der Polizei hat Mitte Februar 2005 die erste Hürde genommen. Der Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen verabschiedet das Gesetz, das nunmehr von den übrigen Parlamenten des Bundes und der Länder behandelt werden muss.

Erst wenn der „Rundlauf“ durch alle Parlamente beendet und das Abkommen über die Änderung des Abkommens über die einheitliche Ausbildung für den höheren Polizeivollzugsdienst und über die Polizeiführungs-Akademie geändert ist,

wird aus der Polizeiführungs-Akademie die Deutsche Hochschule der Polizei.

Damit ist dann ein wesentliches gewerkschaftliches Ziel zur Qualifizierung des Polizeiberufs erreicht; der erste Schritt war die Einführung des Studiums an einer Fachhochschule als Qualifikation für den gehobenen Dienst, dem nunmehr die konsequente Fortsetzung über das Studium an der Deutschen Hochschule der Polizei folgt. Die Hochschule verleiht als Abschluss einen Master-Grad.

W. D.

HAMBURG: Warnstreik



Für drei Stunden verließen am 25.2.2005 Hamburger Kolleginnen und Kollegen ihren Arbeitsplatz, um gemeinsam mit ver.di auf dem Rathausplatz eine Warnstreikaktion durchzuführen. Die Gewerkschaften wollen

damit erreichen, dass vom Hamburger Senat und von der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TDL) die vereinbarte Tarifreform ohne Abstriche übernommen wird.

Text und Foto: Lamp

BREMEN:

Erster Teilerfolg – Absolventen werden übernommen



Foto: W. Ahlers

Die Sparvorschläge des Bremer Finanzsenators treffen u. a. den öffentlichen Dienst und in besonderem Maße die Polizei. Stellen-

einsparungen, Streichung der Sonderzahlungen, Eigenbeteiligung an der Beihilfe, Verlängerung der Lebensarbeitszeit sind nur ei-

nige Beispiele der grenzenlosen Sparwut. Völlig unakzeptabel war die Absicht, die derzeit in der Ausbildung befindlichen jungen Beamtinnen und Beamten nicht komplett in den Polizeidienst zu übernehmen. Dieser skandalöse Plan avancierte folgerichtig zum zentralen Thema der Auftaktdemonstration am 11. März (s. Foto).

Die massiven Proteste der GdP, die im Anschluss geführten Gespräche mit der Politik und das gleich lautende Bemühen des Senators für Inneres brachten einen ersten Teilerfolg: Zumindest die Auszubildenden haben ihren Arbeitsplatz sicher, die Übernahme aller H.f.ö.V.-Absolventen wurde inzwischen zugesagt.

Der Landesbezirk Bremen wird seine Protestaktionen fortsetzen. **ahl**

ÖSTERREICH:

Schärfere Strafen für Verkehrssünder

Gurtmuffeln droht ab sofort in Österreich eine Geldstrafe in Höhe von 35 Euro (bisher 21 Euro). Auch wer ohne Freisprecheinrichtung zum Handy greift zahlt in Österreich jetzt 25 statt bisher 21 Euro.

Vom 1. Mai 2005 an ist außerdem auch in Österreich vorgeschrieben, eine Warnweste im Wagen mitzuführen, die immer dann anzulegen sind, wenn eine Person auf dem Standstreifen der Autobahn aus dem Fahrzeug aussteige oder etwa wegen eines Unfalls oder einer Panne ein Warndreieck aufgestellt werden müsse.

Wer auf Österreichs Autobahnen unterwegs ist, sollte auch daran denken, dass seit 1. Februar 2005 dort nur noch die neue Vignette in der Farbe mintgrün gültig ist. Sie löst die bisherige rubinrote Plakette ab. Die Vignettenpflicht gilt übrigens auch teilweise auf Bundesstraßen und Autobahnzubringern, die über Raststätten und Tankstellen führen, ebenso auf einigen Streckenabschnitten in Wien, Tirol und Vorarlberg:

- Wien: Nordbrücke und Praterbrücke
- Tirol: Landecker-Tunnel
- Vorarlberg: A14 Rheintalautobahn. Die Vignettenpflicht ab Bregenz beginnt bereits auf der Autobahnauffahrt Hörbranz-Lochau (in Fahrtrichtung Deutschland)

Übrigens dürfen nur maximal zwei österreichische Mautvignetten auf der Windschutzscheibe angebracht werden. Außerdem ist es ratsam, den Vignettenabschnitt unbedingt aufzuheben, damit man sich eine Ersatzvignette beschaffen kann, sollte die Windschutzscheibe etwa durch Unfall, Steinschlag oder sonstige Umstände zu Bruch gehen.

tetz nach ACE-Infos

DEUTSCHLAND/NIEDERLANDE:

Neuer Vertrag sichert Sonderrechte

Bundesinnenminister Otto Schily und Bundesjustizministerin Brigitte Zypries haben am 2. März 2005 einen bilateralen Vertrag über die grenzüberschreitende polizeiliche und die strafrechtliche Zusammenarbeit unterzeichnet. Er enthält auf mehreren Gebieten neue Dimensionen gemeinsamer Sicherheitskooperation: So können künftig im eigenen Land Polizeikräfte des jeweils anderen Landes eingesetzt werden, die dabei als der Polizei des „Gastlandes“ Unterstellte auch hoheitliche Aufgaben wahrnehmen können. So könnten Polizeibeamtinnen und -beamte beider Länder beispielsweise Einsätze bei der Fußballweltmeisterschaft 2006 zur Sicherung von Spielstätten und Verkehrswegen gemeinsam durchführen. Das gegenseitige Zusammenwirken im Wege der Unterstellung wird künftig auch für gemeinsame Einsatzformen zur Gefahrenabwehr, durch gemeinsame Streifen oder gemeinsam besetzte Kontroll-, Auswertungs- und Observationsgruppen von Bedeutung sein.

Im strafrechtlichen Bereich bildet der Vertrag die rechtliche Grundlage für die Übermittlung und den Abgleich von DNA-Identifizierungsmustern während eines laufenden Ermittlungs- oder Strafverfahrens. Zudem eröffnet es die Möglichkeit von so genannten Spontanübermittlungen. Vor allem die Staatsanwaltschaften können damit in Zukunft strafrechtlich relevante Informationen an ihre Kolleginnen und Kollegen im Nachbarstaat zügig weitergeben, wenn sie Grund zur Annahme haben, dass die Informationen für Verfahren im Nachbarland bedeutsam sind. Bislang ist dies nur möglich, wenn ein entsprechendes Rechtshilfeersuchen vorliegt.

Der neue Vertrag erweitert und ergänzt die Schengener Regelungen zur grenzüberschreitenden Observation und Nacheile bei der Strafverfolgung. Beispielsweise können in Zukunft Polizeibeamte und Staatsanwälte aus der Haft im eigenen Land geflüchtete Straftäter im jeweils anderen Land beobachten und

Personen, die sich einer Fahndungskontrolle entziehen, auch auf dem Gebiet des Nachbarstaates verfolgen. Diese Möglichkeiten erstrecken sich nun auch auf den Bereich der Gefahrenabwehr. So können Observationen in Zukunft auch zur Verhinderung bestimmter Straftaten durchgeführt und auch solche Personen verfolgt werden, die sich polizeilichen Kontrollen entziehen und dabei die öffentliche Sicherheit gefährden. Dabei ist die Nacheile im Nachbarland räumlich und zeitlich nicht begrenzt und kann auch über die Luft- und Wassergrenzen erfolgen. Bei besonderer Dringlichkeit kann ausnahmsweise auch ohne die Zustimmung des Nachbarstaates gehandelt werden; in diesem Fall ist die zuständige Behörde baldmöglichst zu unterrichten.

Daneben schafft der Vertrag eine Grundlage für den grenzüberschreitenden Einsatz verdeckter Ermittler und enthält Bestimmungen zur „kontrollierten Lieferung“ von Rauschgift oder anderen unerlaubten Gütern. Bislang finden sich in diesem Bereich nur rudimentäre Regelungen.

tetz nach PM aus dem Bundesministerium für Justiz

KOMMENTAR

Sicherheit braucht Instrumentarien

Otto Schily zeigt in Sachen Sicherheit entschlossenes Handeln – pragmatisch setzt er Schritt für Schritt Mögliches um, damit Deutschland auf einem aktuell nötigen Sicherheitsstandard steht. Manchem geht sein Drängen zu



forschen, manchen stößt er vor den Kopf, dennoch war er als Zugpferd sowohl bei den 2002 geschnürten Sicherheitspaketen 1 und 2 als auch bei seinen Vorstößen und der Umsetzung des Terrorismusabwehrzentrums erfolgreich.

Als Anfang 2002 in Deutschland die zwei Sicherheitspakete in Kraft traten, verpflichtete sich die Bundesregierung, nach drei Jahren einen Erfahrungsbericht vorzulegen. Und hatte damit die Aufregung wenigstens zum Teil neutralisiert. Denn Kritiker sahen bereits den totalen Überwachungsstaat und sämtliche Bürger unter Generalverdacht gestellt ...

Der Bericht aus dem Innenministerium über die Bewertung der Sicherheitspakete 1 und 2 liegt nun – als internes Papier – vor und wird vom Bundestag beraten. Erste Reaktionen bestätigen von so gut wie allen politischen Seiten,

dass mit den neuen gesetzlichen Möglichkeiten überaus verantwortungsvoll umgegangen wird. Es fielen Bezeichnungen wie besonnener, sensibler und effizienter Einsatz der Mittel sowie von zurückhaltender Nutzung. Man hat also weder offensiv in allen Konten der Deutschen geforstet noch sämtliche Handys überwacht, die Post der Bürger geöffnet oder ihre Reiseambitionen erforscht.

Dass der Bürger in seiner Freiheit eingeschränkt war, kann ich nicht erkennen, wenn gerade mal bei 150 Verdächtigen die neuen Überwachungsmöglichkeiten genutzt wurden. Zum größten Teil mit Erfolg: Ohne die Gesetze wäre beispielsweise das Verbot des Aachener AI-Aksa-Vereins nicht möglich gewesen. Ermittlungen konnten nämlich zweifelhafte Geber und Nehmer seiner Geldzahlungen nachweisen – darunter u. a. Familien palästinensischer Selbstmordattentäter.

Die Terrorismusgefahr ist keinesfalls gebannt. Darüber ist man sich in Sicherheitskreisen durchaus einig. Bundesinnenminister Otto Schily fordert deshalb, die Sicherheitspakete 1 und 2 weiter zu führen und nun ein drittes zu schnüren: Er will z. B. Telekommunikationsfirmen dazu verpflichten, sämtliche Daten ihrer Kunden im Internet- und Mobilfunkbereich bis zu einem Jahr zu speichern. In Deutschland werden sie bisher nur drei Monate lang aufbewahrt.

Auch die GdP sieht in der Anwendung der Telekommunikationsüberwachung eine Schlüsselfunktion für die Fahndung. In Madrid konnten dadurch die Verantwortlichen für die Anschläge identifiziert und in Deutschland in fünf Fällen Anschläge verhindert wer-

den. Wer hier Einschränkungen will, der handelt verantwortungslos.

Aber wir fordern darüber hinaus seit langem weitere Maßnahmen: eine neue Kronzeugenregelung, die DNA als erkennungsdienstliche Standardmaßnahme und die praxiserprobte Verankerung der akustischen und optischen Wohnraumüberwachung.

Denn die Sicherheitsbehörden haben einen Auftrag zu erfüllen: Sicherheit zu garantieren. Und wir sind uns wie Otto Schily des schmalen Grats zwischen dem hohen Gut unserer Freiheitsrechte und einer an den Erfordernissen ausgerichteten Sicherheitspolitik bewusst. Unsere weltweit anerkannten individuellen Grundrechte müssen aber auch wirksam verteidigt werden können. Das geht aber nicht mit „Faustkeil und Rauchzeichen“. Wir brauchen das, womit wir dem Übel Herr werden können – keine überzogenen, aber sehr wohl pragmatische Fahndungsinstrumentarien. Und wir brauchen genügend Leute, die sie anwenden können. Ein rudimentärer Polizeikörper kann nicht effizient arbeiten.

Sicher wäre es besser, man könnte sich all die Fahndungsmechanismen sparen – denn sie kosten auch richtig Geld. Aber leider schlafen weder die Terroristen noch die Organisierte Kriminalität. Und als Ermittler können wir nicht ewig den globalen und technischen Möglichkeiten, die unsere freizügige Welt bietet und von denen die Verbrecher regen Gebrauch machen, hinterher rennen.

Zu: Ausbildungsplätze in der Polizei lösen sich in Luft auf, DP 3/05

Ich verstehe die Aufregung der Kollegen nicht. Wir alle wissen doch, dass es um die öffentlichen Haushalte schlecht bestellt ist und eingespart werden muss. Ihr seht die Maßnahmen zu einseitig aus Sicht der Gewerkschaften. Ich möchte euch mal die andere Seite zeigen.

Die Kürzungen bei den Einstellungen sind doch absolut nachvollziehbar und konsequent. Nach der beginnenden Anhebung der Lebensarbeitszeit bei den Polizeibeamten stehen die heutigen Kollegen ja auch länger zur Verfügung, um die Lücken bei den Neueinstellungen zu schließen. Die Verlängerung der Wochenarbeitszeit wird ein Übriges tun.

Mit der Verlängerung der Lebensarbeitszeit wird die Zeit der Pensionszahlungen um die zusätzliche aktive Zeit des Beamten gekürzt. Chancen für weitere Einsparungen ergeben sich aus der Hoffnung, dass die Kollegen, bedingt durch den Schichtdienst, ihr Lebensalter im Ruhestand nicht zu weit in die Höhe treiben.

Jetzt könnte ja jemand behaupten, dass durch das hohe Alter der Polizeibeamten die innere Sicherheit in Gefahr ist. Doch weit gefehlt. Die angebotenen Lehrgänge die der Gesunderhaltung der Kollegen dienen sollen, ermöglicht es dem Dienstherrn, seine Beamten bis ins hohe Alter fit zu halten. Somit hat dann ein gut gepflegter 62-jähriger POK auch die Chance, einen durch die Perspektivlosigkeit gefrusteten, mit Fast Food gemästeten und durch Zigaretten-, Alkohol- und Drogenkonsum körperlich geschwächten, arbeitslosen Jugendlichen nach einem Ladendiebstahl über 100 m zu verfolgen und zu stellen. Denn weiter kommt der Täter dann wahrscheinlich nicht mehr.

Da die Lebenserwartung der heutigen Jugend damit auch

wieder sinken dürfte und als Folge die Bevölkerungszahl weiter abnehmen wird, haben wir andersherum natürlich die Möglichkeit, weiter Stellen bei der Polizei abzubauen, bzw. ausscheidende Kollegen nicht zu ersetzen.

Und für die Jugendlichen, die doch noch den Willen haben, etwas zu lernen, gibt es ja noch die Möglichkeiten der Ausbildung zum Hilfspolizisten, um dann ehrenamtlich und durch die Polizei ausgebildet erstmal Erfahrung sammeln zu können. Die Vergütung wäre dann durch Hartz IV/ ALG II zu regeln. Vielleicht ergibt sich nach einer Bewährungszeit hier die Möglichkeit in den Polizeidienst einzutreten ...

Ist hiermit nicht allen geholfen? Ich finde, unser Dienstherr beweist damit Weitsicht.

Ich werde auf jeden Fall über eure Argumente noch mal nachdenken.

Detlef Martin, per E-Mail

Zu: Verkehrsgerichtstag, DP 3/05

Der Verkehrsgerichtstag beschäftigte sich überwiegend mit den Straftaten im Straßenverkehr, wobei es doch zu überdenken wäre, die alltäglichen Ordnungswidrigkeiten härter zu ahnden. Ein deutscher Autofahrer erlaubt es sich i. d. R. nicht, in Italien, in Österreich oder in der Schweiz zu schnell zu fahren oder zu drängeln. Hier wird dem „kleinen Verkehrsrowdy“ sehr tief in die Tasche gegriffen, und das auch dann, wenn er schon längst wieder in der Heimat ist. In Deutschland hingegen belächeln die Raser die kleinen Verwarngelder und Geldbußen und kaufen sich gegen einen kleinen Obolus eventuell noch vom Fahrverbot frei. Man sollte Geldbußen auch vom Einkommen abhängig machen, Fahrverbote durchsetzen und diese vor allem auch im ZEVIS (Zentrales Verkehrsinformationssystem) eintragen.

Thomas Wagner, per E-Mail

Zu: Die Netzwerke der rechten Szene, DP 1/05

In dem o. g. Artikel von Stephan Braun heißt es, im Osten sei es Rechtsextremisten gelungen, so genannte national befreite Zonen zu schaffen, in denen Rechtsextremismus zur dominierenden Alltagskultur aufgestiegen sei.

Dazu muss folgendes gesagt werden: Es spricht einiges dafür, dass Rechtsextremisten in Ostdeutschland von „national befreiten Zonen“ träumen. Gewaltbereiten Jugendlichen gelingt es mitunter, durch gezielte Drohszenarien gegenüber Richterstattern den Eindruck zu erwecken, sie beherrschen Bereiche, so dass diese von zeitweiligen „Angstträumen“ berichten. Von real existierenden „national befreiten Zonen“ jedoch kann in Brandenburg und sicherlich auch anderswo in Ostdeutschland überhaupt nicht die Rede sein.

Ich habe während meiner Tätigkeit sowohl als Präsidentin des Polizeipräsidiums Frankfurt (Oder) als auch jetzt als Leiterin der Verfassungsschutzbehörde in Brandenburg feststellen können, dass es solche Zonen nicht gibt. Es handelt sich vielmehr um propagandistische Wunschvorstellungen rechter Extremisten. Ohne wirkliche Belege für eine solche Behauptung aufzustellen, erweckt den haltlosen Eindruck, dass der Rechtsstaat nicht in der Lage sei, solche Zonen zu verhindern. Auch die Effektivität der Polizeiarbeit vor Ort wird so grundlos in Frage gestellt.

Die Behauptung, der Rechtsextremismus könne in Ostdeutschland geographische Bodengewinne verzeichnen, schürt Vorurteile zwischen Ost und West und verängstigt die Menschen unnötig. Dem Kampf gegen den Rechtsextremismus ist dagegen damit nicht gedient.

Ich bin mit dem Autor in Kontakt getreten, damit seine Aussage einer Prüfung unterzogen werden kann. Dabei habe ich ihn

gebeten, konkrete Beispiele „national befreiter Zonen“ zu nennen und diese mit mir zu bereisen. Er wird mit Sicherheit feststellen, dass Brandenburg ein sehr schönes Bundesland ist. National befreite Zonen wird er aber vergeblich suchen.

Winfriede Schreiber, Leiterin der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

Zu: Meine Empfehlung an die Föderalismuskommission, DP 3/05

Weshalb denn so halbherzig-bescheiden? Konsequenter wäre doch: (endlich) wieder jedem Dorfschulzen „seinen“ Ortsgendarmen zuzubilligen mit selbstverständlich separater (separatistischer?) Uniform! Dann können übrigens aus Feuerwachen („Spritzhäuser“) wieder Hilfsgefängnisse werden, was Kosten für Neubauten und Renovierungen spart; die Finanz- und Justizminister wird's freuen ...

Klaus Wetzel, Berlin

Zu: Grün oder Blau? – Polizeiliche Farbvielfalt, DP 3/05

Als alter „Grenzschützer“ war ich über den unprofessionellen Beitrag doch etwas verwundert. Bereits im Jahre 1976 wurden die Laufbahnausbildungen der „Grenzschützer“ an die der Landespolizeien angeglichen. Gerade der Verfasser sei als ehemaliger „Transportpolizist“ an die Zeit kurz nach der Wende erinnert. So unterstützten damals BGS-Beamte aus ganz Deutschland ihn und seine Kollegen, und zwar als Polizeibeamte des Bundes.

Auf 14 Großflughäfen, im Bereich der Bahnpolizei, bei den Verfassungsorganen, in der Nord-/Ostsee und – immer noch – an der Grenze (Aufgaben nicht abschließend), sind diese „Grenzschützer“ als Polizeibeamte zuständig. Der Name

Bundesgrenzschutz wird dieser Sonderpolizei mit ihren vielfältigen Aufgaben nicht mehr gerecht.

Anlass für die polizeiliche Farbvielfalt ist nicht zuletzt die zunehmende Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit anderen, bereits überwiegend in blau uniformierten Polizeien der EU-Staaten.

Kaum zu glauben aber war: Sogar diese „Verwandlungskünstler“ – gemeint ist der Bundesgrenzschutz – verfügen mittlerweile über „ganz normale Polizeiautos“. Der Verfasser sei in zweierlei Hinsicht beruhigt:

1. Die Umstellung wird ab 2005 sukzessive über einen Zeitraum von rund fünf Jahren kostenneutral realisiert.

2. Die Bundespolizisten tragen künftig nicht nur blaue Uniformen in grünen Streifenwagen, sondern versehen ihren Dienst in ebenfalls blauen „normalen Polizeiautos“ (und auch Hubschraubern). Darüber hinaus ist sogar „richtige Polizei“ drin. Garantiert.

Joachim Finkbeiner, per E-Mail

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-114
Fax: 030/39 99 21-190
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de**

ANGST IM POLIZEIALLTAG

Angst

Wahre Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen sind sportlich, schlank, clever und cool von den Haar- bis zu den Fußspitzen, zupackend, entscheidungsfreudig, sie haben Nerven wie Drahtseile, bewältigen Krisen und helfen anderen bei der Krisenbewältigung. Sofern sie Führungskräfte sind, kommen noch Managementfähigkeiten einschließlich des betriebswirtschaftlichen Know-how hinzu. In einigen Bundesländern blitzt ein versteckter Shareholder-Value im Auge einer jeden Führungskraft. Angst ist ihnen völlig fremd. Ein 20.15 Uhr Klischee aus ARD, ZDF, & Co.? Ich schließe nicht aus, dass es Kolleginnen und Kollegen gibt, die ein solches Ich-Ideal pflegen, doch die Realität sieht anders aus: Der Krankenstand ist in einigen Bereichen sehr hoch, wir haben konstante bis steigende Suizidzahlen. Betriebsklimauntersuchungen zeigen ernüchternde Bilder, Auffälligkeiten aus dem Polizeidienst sorgen für eine schlechte Presse. Seminare mit dem Inhalt „innerbetriebliches Konfliktmanagement“ sind immer häufiger gefragt. Mobbing, Bossing und sexuelle Belästigung sind Hauptthemen.

Wo liegen die Ursachen des beschriebenen Dilemmas?

In einer Arbeitswelt der Individualisierung, Leistungskennzahlen, BKV (belastungsmäßige Kräfteverteilung), steigenden Fallzahlen, Personaleinsparungen, (Pseudo-)Betriebswirtschaftlichkeit, Leistungsverdichtung, Besoldungseinbußen, mangelhaft erlebter Führung etc. wächst der Druck auf die einzelnen Kolleginnen und Kollegen, einschließlich der Führungskräfte. Sie kämpfen an mehreren Fronten (die Sprache verrät hier den Zustand).

Die spezifischen, fordernden und belastenden Situationen des Polizeidienstes will ich hier nicht gesondert erörtern, sie sind den geneigten Leserinnen und Lesern aus eigener Erfahrung bekannt. Darauf sind wir in der Regel gut vorbereitet. Bei Auswertung vieler Befragungs- und Evaluierungsergebnisse wird jedoch klar, dass das innerdienstliche Verhalten und Erleben für die Entstehung von Ängsten eine große Bedeutung hat und in der Folge Stress auslöst.

Für die Entwicklung einer Stichprobenuntersuchung zum Thema „Angst im Polizeidienst“ im Jahr 2003 wurden allein 14 Items von den Beteiligten identi-

fiziert, die die Unternehmenskultur, d. h. den Umgang miteinander auf der Dienststelle, betreffen. Sie sind im unteren Kasten blau unterlegt.

(Skala 1 – 5 gar nicht-völlig, operativer Dienst, LA II, N=50)

Die Untersuchung zeigt deutlich, dass Mängel in den zwischenmenschlichen Beziehungen über die Hälfte der belastenden Situationen ausmachen. Hinter den Rechenwerten verstecken sich viele Einzelfälle, die zu unprofessionellem polizeilichen Handeln führen oder ein Angst besetztes Betriebsklima beschreiben.

In Seminaren zu den Themen „Stress“, „innerbetriebliches Konfliktmanagement“, „Ethik, Werte und Kultur“, „Posttraumatische Belastungsreaktionen“, wurden Angstsituationen im vergangenen Jahr wie folgt beschrieben:

ANGST ...

... davor, Partei für Minderheiten zu ergreifen und sich dabei gegen Mehrheiten der Gruppe zu stellen. So wird man zu Mittätern und Möglichmachern. Den „Opfern“ fehlt dadurch oftmals eine wichtige Bezugsperson, an der man sich festhalten könnte.

... davor, sich für Normen und Werte einzusetzen, die im Privatleben selbstverständlich sind, im Dienst aber die Gefahr herauf beschwören, sich lächerlich zu machen.

... davor, sich für das Niveau von Witzen, Kalendern, Betriebsausflügen, Geschenken und Feierlichkeiten, der Umgangssprache und Arbeitsplatzgestaltung einzusetzen.

... davor, sich offen zu der eigenen Religiosität und der Not-

Ich empfinde starke Angst...

vor einem Leichenfund	1,5
vor Kündigung (z.B. auf Grund einer Polizeireform)	1,55
vor meinem Vorgesetzten	1,6
einem Angehörigen	
den Tod eines nahen Verwandten mitzuteilen	2,7
bei einem Einsatz die Waffe einsetzen zu müssen	3
einen Kollegen melden zu müssen,	
weil er sich regelwidrig Verhalten hat	2,5
in einen Raubüberfall verwickelt zu werden	2,1
bei einem Einsatz einen Fehler zu machen	2,15
vor einem Einsatz in Krawallen	2,55
vor Mobbing	2,1
bei einem Einsatz selbst Gewalt anzuwenden	2,1
vor Verantwortung	1,45
vor ungewissen Situationen	2,35
vor Waffengewalt von Aggressoren	3,4
selbst diskriminiert zu werden	2,05
versetzt zu werden	1,95
bei einem Einsatz verletzt zu werden	2,25
bei der Beförderung übergangen zu werden	2,2
bei einem Einsatz als Geisel genommen zu werden	2
meine Gefühle zu äußern	1,7
eine schlechte Beurteilung zu erhalten	2,05
eine neue Aufgabe nicht bewältigen zu können	2,15
vor oder bei sexueller Belästigung	1,25
bevor ich in einen Einsatz gehe	1,8
einem anderen Mitarbeiter oder Kollegen	
die Meinung zu sagen	1,95

wendigkeit religiöser Orientierung im Dienst zu bekennen.

... davor, sich gegen bestehende Mehrheiten positiv zu ethischen und moralischen Fragestellungen zu äußern.

... von Kolleginnen vor Kolleginnen, die man als Gegnerinnen mit geradezu frauenfeindlichen Einstellungen erlebt.

... von Kolleginnen, Frau zu sein mit der Folge von Vermännlichung.

... vor der „Einsamkeit“ auf Grund nicht konformen Verhaltens in einer Gruppe; statt dessen werden die bestehenden Erwartungen (wie Sprache, Umgang mit Bürgern, mit Vorgesetzten, mit Frauen ...) erfüllt; dieses Konformitätsphänomen ist gleichermaßen stark bei Mitarbeitern wie bei Führungskräften der 1. und 2. Ebene zu beobachten (Gruppenleiter, WDF, DGL, PI-Leiter ...)

... von Fortbildern, diese Themen anzupacken, um nicht die Akzeptanz der Gruppe zu verlieren.

... vor sich selbst und eigenen Angst machenden Bedürfnissen, Gewohnheiten, Wünschen, Träumen, Verhaltensweisen: Sie haben keine Fähigkeit zur Selbstreflexion, sie zeigen Vermeidungsverhalten.

... von Männern, von Frauen emotional dominiert zu werden.

... von Frauen, von vermännlichten Frauen in Führungspositionen dominiert zu werden.

Hinter all diesen Nennungen stecken erlebte Situationen, empfundene Ängste einzelner Kolleginnen und Kollegen. Ängste, die aus einem in keiner Weise akzeptablen Betriebsklima herühren.

Erfahrungen aus Seminaren mit Führungskräften beleuchten außerdem spezielle Angstfelder, es sind soziale Ängste. Dabei handelt es sich einmal um die Angst vor dem Unerwarteten, wie beispielsweise bei einer Beförderung nicht berücksichtigt zu werden, die Benutzung von Controllingdaten zum eigenen Nachteil, vor dem Versagen im Einsatz, erniedrigt zu werden. Man erwartet etwas, was man



**Extreme Belastung:
Polizeieinsatz am Gutenberg-Gymnasium 2002 in Erfurt**

emotional negativ besetzt hat. Es ist die Erwartungsangst, die bedrückt.

Überforderungsängste

Dadurch werden z. B. Überforderungsängste entwickelt. Es werden vor allem soziale und emotionale Überforderungen befürchtet. Kaum jemand ist für soziale Anforderungen ausgebildet, auf emotionale Anforderungen vorbereitet. Das gilt für alle Anforderungen: die der Mitarbeiter, des polizeilichen Gegenübers, der Politik, der Personalräte etc. Wer die Erwartungen seiner Mitarbeiter nicht kennen gelernt hat, weil er ihre Wertstellungen nicht kennt, ihre Erwartungen nicht erspürt, kann ihren Erwartungen nicht genügen. Es ist dann eine merkwürdige Spannung vorhanden: Die Wertschöpfung, die der Vorgesetzte einbringt, wird gemessen an der Summe der Wertschöpfungen, die seine unmittelbaren Mitarbeiter erbringen. Wenn die Führungskraft dann ihre Wertschöpfung bei Null einordnen muss, kommen die Überforderungsängste. Die Folge ist oft Führung mit Druck und Angst. Druck und Angst erzeugen Fehler und krankheitsbedingte Ausfallkosten.

Die Ängste werden größer, je größer die Einsamkeit wird bei Menschen, die es nicht verstehen, Vertrauensfelder aufzubauen.

Die hohen Gehälter in einem Automobilkonzern erklärt der Personalvorstand damit, dass seine Führungskräfte nicht für die

Wertschöpfung bezahlt werden, die sie erbringen, sondern für ihre Einsamkeit. Die Angst steigt, sie kann in der Einsamkeit nicht artikuliert werden. Übermächtige Angst führt zu Fehlentscheidungen. Eine erschreckende Vorstellung für die Führungskräfte und für die Mitarbeiter. Wir müssen aber nicht in allem der Wirtschaft folgen.

Angst kann auch nach dem Besuch von Unternehmensberatern (und Ergebnissen von Reformkommissionen) in Unternehmen aufkommen.

Ist die Kommunikationsstruktur desolat, gibt es kein Vertrauen. Alle haben Angst vor dem Unklaren und befürchten, den jetzt kommenden Anforderungen nicht gerecht zu werden, möglicherweise Funktionen zu verlieren. Die Mitarbeiter fühlen sich hilflos. Dann ist das Angstmaximum erreicht. Die Folgen sind ökonomisch messbares Minus, einschließlich innerer Kündigung, Diebstahl und Sabotage.

Auszug aus einer Studie der Universität St. Georgen:

„Neben der ökonomischen Verantwortung ist der Aufbau von Vertrauensfeldern nach innen und außen die wichtigste Aufgabe einer Führungspersönlichkeit im Unternehmen. Wenn sie das nicht ist, sondern mit Angst und Misstrauen regiert, dann haben wir es mit einer Führungskraft, nicht aber mit einer Führungspersönlichkeit zu tun.“

Die an Versagensängsten leidenden Kolleginnen und Kollegen kommen früher oder später zu dem Entschluss: Ich bin ein Versager! Das führt zu vermehrter Angst. Man wird von der Angst besessen sein. In diesem Stadium wird selbst bei erbrachter Leistung das Gefühl des Versagens bleiben.

Auch Angst vor dem Älterwerden ist bei Führungskräften ausgeprägt. Es ist eine Frage des Selbstwertgefühls – wie definiere ich meine Identität, wenn Status, Anerkennung, Macht, wenn all dies zurück bleibt?

Die Angst vor Sinnlosigkeit ist zu überwinden, wenn man seinem Leben (Beruf) einen Sinn gibt. Es mag sein, dass etwas Göttliches unserem Leben einen Sinn verleiht, es ist oft schwer erkennbar. Also muss man selber seinem Leben (Beruf) einen Sinn geben. Das setzt voraus, dass wir etwas haben, dem wir folgen können, auch in schwierigen Situationen.

Die Angst vor Verlusten an Ansehen, Einfluss, Macht, Vermögen ist unter Führungskräften eine verbreitete Angst. Die Menschen besitzen nicht Macht, Ansehen usw.: Sie sind davon besessen. Besessen sein schränkt die eigene Freiheit ein. In Besprechungen wird dann z. B. nichts anderes getan, als den eigenen Claim abzustecken, anstatt beste Lösungen zu finden.

Das fördert die Angst vor Intrigen und die Einsamkeit.

Was ist jedoch Angst?

Ist Angst ein Gefühl, eine Wahrnehmung oder eine physiologische Reaktion?

„Im Krieg haben alle Angst, ausgenommen die Dummen, die Unerfahrenen und angstfreien Psychopathen“ – so lautete der Leitsatz der Royal Air Force im 2. Weltkrieg.

Wir befinden uns also in einem guten Zustand, wenn wir Angst verspüren können. Sie ist ein Signal, das uns vor Gefahren warnt. Angst ist lebenserhaltend, wertvoll und gesund.

Bald nach der Geburt werden wir in einen emotionalen und

Der Autor:



Erich Traphan
Polizeibeamter, Sachgebietsleiter
Konfliktprävention/-intervention,
Extrembelastungen Supervisor,
Institut für Aus- und Fortbildung
der Polizei NRW BZ Münster

sozialen Uterus hineingeboren. Das ist verbunden mit der elementaren Urange, nämlich dieses emotionale und soziale Geborgensein verlassen zu müssen. Im Säuglingsalter erlebe ich die Welt entweder als gute und befriedigende Lebenssphäre oder als Ort des Schmerzes, der Enttäuschung und der Unsicherheit. Aus diesen Gefühlen gegen-

empfinden, ist von Mensch zu Mensch verschieden. Ob dies nur mit dem Lernen als Säugling zu tun hat oder auch Vererbung oder evolutionäre Entwicklungen eine Rolle spielen, lässt sich für den Einzelnen selten genau klären. Es ist für unsere Auseinandersetzung mit der Angst relativ unerheblich.

Was passiert, wenn eine polizeiliche Einsatzsituation oder das Betriebsklima Angst auslösen?

Das Limbische System steuert das Zusammenspiel von explizitem und implizitem Gedächtnis. Die Bewertung der wahrgenommenen Situation erfolgt durch Gefühle und zwar bevor wir die Situation rational analysiert ha-

Emotional: Je nach persönlicher Lerngeschichte sind Gefühle zwischen „gefordert sein – unwohl fühlen – innere Unruhe – Panik“ möglich.

Vegetativ: Aktivierung, Adrenalin und Cortisol werden ausgeschüttet, der Atem wird schneller, Herz und Kreislauf legen zu, Pupillen weiten sich, Blutgefäße verengen sich, Verbrennungsvorgänge werden beschleunigt, die Immunabwehr sinkt, Magen und Darm verringern die Aktivität.

Muskulär: Die gesamte Skelettmuskulatur ist gespannt. Alle Ressourcen sind für die Bewältigung der Situation aktiviert.

Diese Warnsignale gilt es als Selbstbeobachtung zu erkennen. Es sind Signale, die auch die/der Partnerin/Partner im Leben und im Dienst wahrnehmen können. Der Körper ist hier Seismograph für unsere Empfindungen, für unseren Zustand. Es ist der erste Schritt, gegensteuern zu können und Ressourcen für die Bewältigung der Angst zu heben.

Angst als Chance begreifen

Angst ist ein Warnsignal und die natürliche Reaktion auf eine Notlage. Sie macht uns auf eine bestimmte Gefahr oder nicht begreifbare Bedrohung aufmerksam.

Angst tritt in Situationen auf, denen wir uns nicht oder noch nicht gewachsen fühlen. Ohne Angst wären wir längst tot. Sie ist Spannung und Herausforderung.

Angst kann als Lähmung (Angst = Enge – ich bin in die Enge getrieben) empfunden werden. Diese Angst macht handlungsunfähig und krank.

Angst beeinträchtigt aber auch die Lebensqualität des/der einzelnen Polizeibeamten/-innen und das professionelle Einschreiten!

Für Polizeibeamte ist die Angstkontrolle, das Wahrnehmen und Beherrschen der Angst Voraussetzung für den dienstlichen Anforderungen. Gefühle oder vermeintliche Hilflosigkeit sind in der Einsatzsituation und in der Unternehmenskultur die schlimmsten Angstauslöser.

Die nachfolgend aufgeführten häufig auftretenden Reaktionen können ein persönlicher Indikator für auftretende Angst sein. Sie zu erfüllen und zu erkennen, ist der erste Weg der Gegensteuerung.

Muskuläre Reaktionen

starre Mimik
Fingerzittern
Zähneknirschen
Zucken
Spannungskopfschmerzen
Rückenschmerzen
Stottern
nervöse Gestik
Zittern

Vegetative Reaktionen

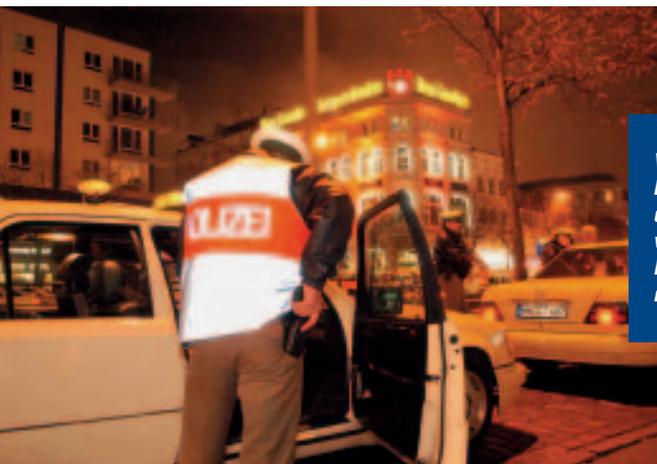
trockener Mund
Herzklopfen/-stiche
Blutdruckanstieg
Flaues Gefühl
Übelkeit
Schwitzen
Erröten
weiche Knie
Engegefühl in der Brust

Emotionale Reaktionen

Angst
Schreck
Panik
Nervosität
Spannungskopfschmerzen
Verunsicherung
Gefühlsstau
Ärger
Wut
Gereiztheit

Kognitive Reaktionen

Leere im Kopf
Konzentrationsmangel
Denkblockaden
Gedanken:
- das geht schief
- auch das noch
- das schaffe ich nie



Verkehrskontrolle:
ungewiss,
wie der
Insasse
reagiert

über Menschen entwickeln sich Urvertrauen oder Urmisstrauen. Entweder entsteht das grundlegende Gefühl einer guten, zuverlässigen und beherrschbaren Welt oder einer schlechten/bösen, bedrohlichen und unberechenbaren Welt. Und nur aus einem vielfältigen Gefühlsleben können wir die Ausbildung einer aufgeschlossenen Lernbereitschaft und der späteren Realitätsbewältigung erwarten.

Die Angst hat ihr eigenes emotionales Gedächtnis, im Limbischen System, in der Amygdala, in unserem Gefühlsgedächtnis, in unserem Furcht-/Angstgedächtnis. Wie wir Angst

ben. Das ist für die meisten Situationen unserer Vorfahren in ihrer Naturwelt Lebens erhaltend gewesen. Unsere Kulturwelt und Lebensform passt nicht zu dieser Überlebensstrategie. Unser Gehirn ist nicht auf Erkenntnis angelegt, sondern Überleben ist die Prämisse. Vor diesem Hintergrund reagieren die neuronalen Netzwerke und in der Folge gibt es motorische, muskuläre, vegetative und endokrine Reaktionen. Das heißt, der gesamte Organismus reagiert mit dem Kampf-Flucht-System:

Kognitiv: Die Wahrnehmung wird eingengt auf die Angst auslösenden Reize.

- der direkten Führungsbeziehung,
- eine Kultur, in der Fehler möglich sind („Vertrauen bedeutet für mich, dass ich, wenn ich Fehler gemacht habe, ohne Angst zu meinem Chef gehen und darüber sprechen kann“),
- Mitarbeiter- und Führungs-

- logistische und technische Unterstützung,
- Handlungsabläufe sind trainiert worden.

Persönliche Vorbereitung:

- Reflexion über meine Angstfelder,
- positive Selbstinstruktionen beeinflussen das Selbstbild,



Miteinander im Büro: vertrauensvolles, angstfreies Klima?

- persönlichkeiten nehmen sich als Menschen an,
- Hilfe und Verständnis muss angeboten und gefördert werden,

- Spontanentspannungen sind in der Situation einsetzbar,
- Gefährdungen müssen real eingeschätzt werden können, sie müssen „normal“ sein,
- Entspannungstrainings,
- systematische Desensibilisierung,
- Konfrontation mit der Situation,
- Realitätsprüfung – Umbewertung von Belastungsfaktoren,
- soziale Unterstützung (man weiß: Die Überlebensrate von Krebspatienten wird durch die Gruppentherapie und Mitarbeit in einer Selbsthilfegruppe erhöht. Je weniger soziale Beziehungen ein Mensch hat, je kürzer ist seine Lebenserwartung. Es besteht eine Wechselwirkung zwischen sozialer Beziehung und Krankheit),
- ein funktionierendes Wertesystem ist stabilisierend.

“**Abnormale Reaktionen in abnormalen Situationen sind nicht abnormal, sondern normal.**”

Viktor E. Frankl

- Wir-Gefühl und gemeinsame Erfahrungen müssen kultiviert werden,
- Angst muss mitgeteilt werden können.

Fachliche und logistische Vorbereitung:

- fachliche Sicherheit für meine Entscheidungen,

Vertrauensfelder aufbauen

Von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten wird erwartet,

ANGST IM POLIZEIALLTAG

dass sie motiviert sind, sie sollen ihr Bestes für die Polizei geben. Dafür ist ein angstfreies Klima Voraussetzung.

Auf Dauer ist das nur möglich in einer Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens. Vertrauensfelder aufzubauen und zu erhalten, ist die Aufgabe von oben nach unten und von unten nach oben. Voraussetzung ist, ich traue mir selbst, bevor ich anderen trauen kann. Misstrauenskulturen beginnen immer bei mir selbst.

Für ein vertrauensvolles Klima benötigen wir Kolleginnen und Kollegen aller Funktionen und Hierarchien, die sich weiterentwickeln von der Arbeitskraft zur Arbeitspersönlichkeit und von der Führungskraft zur Führungspersönlichkeit.

Die Reflexion des eigenen Verhaltens und Handelns ist Voraussetzung, um Selbstdisziplin und positive Veränderung zu ermöglichen.

(Eine Unternehmensberatung in einem Automobilunternehmen brachte es an den Tag: Führungskräfte nehmen ihren Krankenstand mit. Würden Führungskräfte während eines Projektes versetzt, veränderten sich mit ihrem Wechsel die Krankenstände in den Abteilungen.)

Welche Hilfe ist individuell möglich?

In aller Regel ist es die zwischenmenschliche Unterstützung, das Wahrnehmen der eigenen Ängste und die der anderen. Ich denke, Ängste werden bei uns selbst nur dadurch behoben,

dass wir auf andere Menschen vertrauen, ihnen Vertrauen schenken. Das können wir auf Dauer nur, wenn wir Vertrauen empfangen. Vertrauen kann nicht im Seminar trainiert werden. Gespräche, Achtsamkeit,

kollegialer Austausch/Beratung lassen die eigenen Ressourcen zur Angstbewältigung erkennen.

der Bearbeitung von innerdienstlichen Konflikten. Erst wenn die Angst eine Störung im Sinne eines Krankheitsbildes darstellt, ist eine therapeutische Begleitung erforderlich und muss angeboten werden. Die meisten Ängste

an sich und das, was sie mit uns macht: Einsamkeit, Traurigkeit und Verzweiflung, eine Welt ohne Licht. Wie kann der Angst begegnet werden? Ein erster Schritt ist es, die Ängste zu erkennen und sich ihnen zu stellen.

„Der Mensch soll lernen, Dingen wie Angst und Zwang ins Gesicht zu sehen und ins Gesicht zu lachen.“

Viktor E. Frankl

können nach unseren Erfahrungen ohne Therapie gemeistert werden.

Das tut Harry Potter auch. Und vor allem die Liebe zu seinem Patenonkel Sirius führt dazu, dass er seine große Angst vor den Dementoren überwindet und ihnen mit aller Macht begegnet.

Was nützt es uns Angst zu haben, wenn wir nicht darüber sprechen können?

Warum konnte der Böse im „Stein der Weisen“ Harry Potter nichts tun? Weil Harry einen Menschen hatte, der ihn liebte.

Im Märchen „Von einem der auszog das Fürchten zu lernen“ erfahren wir, dass der Furchtlose erst glücklich werden konnte, als er das „Gruseln“ gelernt hatte.

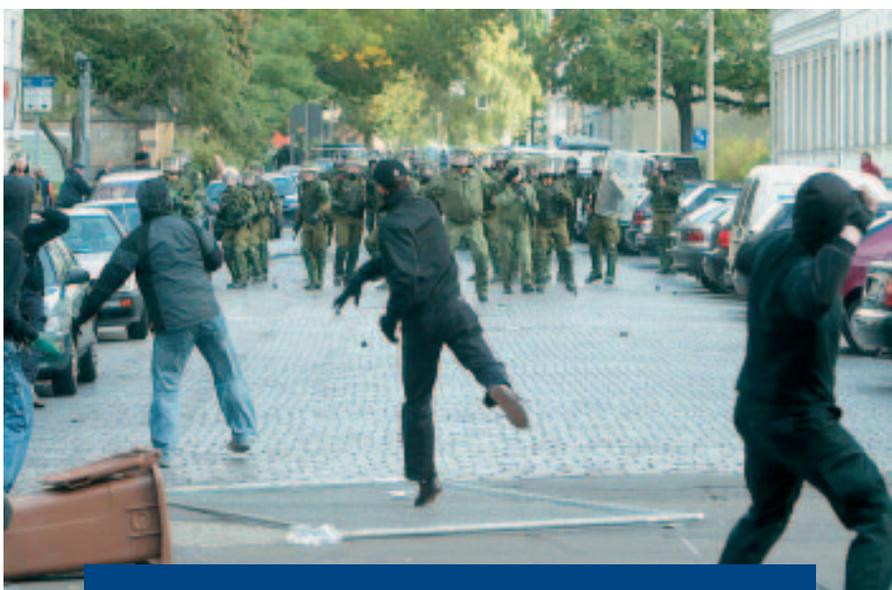
Selbst Jesus kennt die Angst. Beim Gebet in Getsemani heißt es: Da ergriff ihn Furcht und Angst. Er bat, dass die Stunde, wenn möglich, an ihm vorüber gehe. Jesus geht seinen Weg weiter mit der Angst: „Aber nicht was ich will, sondern was du willst soll geschehen.“ (Markus 14.33).

Beim Sturm auf dem See ergriff seine Jünger die Angst. Er sagte zu ihnen: Warum habt ihr solche Angst, habt ihr keinen Glauben? (Markus 4.40).

An was glauben wir? An Kennzahlen, an Vorgesetzte, an...? Befreit uns nicht der Glaube an eine „höhere Macht“ von der Angst vieler Alltagssituationen?

Also schauen wir uns unsere Angst an, reden wir mit unserer Angst, reden wir miteinander darüber. Sorgen wir dafür, dass wir unsere Mitmenschen lieben und geliebt werden. Prüfen wir unsere Abhängigkeiten.

Erich Traphan



Einsatz bei Krawallen: Gewalt aushalten, Eskalationen einrechnen
Fotos (4): ddp

Für die Vorbereitung konkreter fordernder Situationen gibt es vielfältige Seminarformen, wie oben beschrieben.

Ist das Angstklima so intensiv, dass die Ressourcen von Kolleginnen und Kollegen nicht mehr

„Angst essen Seele auf“! – versus – Wie die Seele die Angst schlafen legt

Ein kurzer literarischer Streifzug offenbart „Rezepte“, wie

man mit Angst umgehen, sie annehmen oder überwinden kann.

In „Harry Potter und der Gefangene von Askaban“: Harry fürchtet keine „weltlichen“ Dinge, sondern die Furcht

„Freude und Angst sind Vergrößerungsgläser“

Sprichwort aus Flandern

reichen, gibt es einzelne Gesprächsangebote oder Begleitung von (Dienst-) Gruppen bei

Ohne natürliche Angst wäre die Menschheit ausgestorben

Angst zählt zu den grundlegenden Emotionen des Menschen, sie ist sozusagen Teil einer „emotionalen Grundausstattung“. Als biosoziales Signal trägt sie entscheidend zu einer sicheren zwischenmenschlichen Bindung und risikobewussten Auseinandersetzung mit der Umwelt bei. Angst drückt Bedrohung aus, verweist auf Gefahren. Der Mensch lernt in seinem Leben innere und äußere Gefahren differenziert wahrzunehmen und rational zu bewerten. Das beeinflusst das Ausmaß des individuell tolerierten Angstniveaus und prägt damit auch das Verhalten, um beispielsweise für sich wieder Sicherheit herzustellen bzw. Schutzsysteme oder Abgrenzungen zu aktivieren. Angst ist also ein durchaus normal psychologisches Phänomen von höchstem adaptiven Wert.

Angst zählt neben Freude, Trauer, Furcht, Wut, Überraschung und Ekel zu den so genannten primären Emotionen, also zu angeborenen Reaktionsmustern auf der motorischen, der körperlichen und der subjektiv-psychologischen Ebene.

Reaktionen auf:

- der **motorischen Ebene** in Form bestimmter Verhaltensweisen (z. B. Fluchtreflex, Vermeiden, Erstarren, Kämpfen),
- auf einer **körperlichen Ebene** in Form von vegetativen Reaktionen (sympathikotone Innervation, Stress-Hormon-Antwort),
- auf einer **subjektiven Ebene** in Form bestimmter Kognitionen (Gedanken an Gefahr, Katastrophe, Beschämung).

Diese drei Anteile treten jedoch nicht immer gleichzeitig und gleich stark auf. Manche Menschen nehmen eher die körperlichen Anteile wahr, andere eher die gedanklichen oder die Verhaltensanteile. Alle drei Anteile spielen jedoch eine Rolle sowohl bei der Entstehung als

auch bei der Aufrechterhaltung von Angst.

Die mit den primären Emotionen einhergehenden Körper- und Ausdrucksreaktionen, insbesondere die Gesichtsmimik sind angeboren und fallen auch kulturübergreifend sehr ähnlich aus.

Warum haben wir Angst?

Ohne Angst wäre die Menschheit ausgestorben!

Alle biologisch orientierten Emotionstheorien betonen ohne Ausnahme die entwicklungsgeschichtliche Herkunft von Emotionen (z. B. Angst) und deren Verankerung in spezifischen Hirnstrukturen. Das Entstehen von Angst ist eine Aktivität, die den Organismus darauf vorbereitet, in einer bestimmten Weise mit seiner Umwelt zu interagieren. Als die Menschen noch in der freien Natur lebten, war Angst lebensnotwendig als Vorbereitung auf Flucht oder Kampf.

Ein gewisses Maß an Angst ist auch heute noch sinnvoll, z. B. als Alarmreaktion. Kommt beispielsweise ein Auto mit großer Geschwindigkeit auf Sie zu, lässt Sie diese automatische Angstreaktion rasch zur Seite springen und rettet Ihnen möglicherweise das Leben. Die damit einhergehenden physiologischen (körperlichen) Veränderungen, die mit Angst verbunden sind, beispielsweise ein erhöhter Herzschlag oder eine stärkere Durchblutung der Muskeln, dienen zur Vorbereitung des Körpers auf schnelles Handeln: in diesem Fall darauf, rasch weg zu springen.

Ein bisschen Angst muss jeder haben – diese allgemeine Weisheit trifft immer zu. Wer vorsichtig Auto fährt, die Türen gut abschließt oder sich auf Prüfungen aus Angst vor dem Versagen lange vorbereitet, hat durchaus Vorteile im Leben. „Angst lähmt nicht nur“, wie es landläufig heißt, „sondern enthält die un-

endliche Möglichkeit des Könnens, die den Motor menschlicher Entwicklung abbildet“ (Sören Kirkegaard). Angst ist häufig auch die treibende Kraft für neue Höchstleistungen („Lampenfieber“) und steigert unsere Phantasie und Kreativität.

Wenn Angst krank macht

Falls die Angst allerdings ein sinnvolles Ausmaß überschreitet, bringt sie mehr Nachteile als Vorteile mit sich. Die Übergänge zwischen kleinen alltäglichen Ängsten und echten Angststörungen sind fließend. Menschen, die aus Angst das Haus nicht mehr verlassen können, die morgens schon mit unerklärlichem Herzrasen und Zittern aufstehen, die sich vor Treffen mit Freunden bereits Mut antrinken müssen, sind mit Sicherheit krank.

Angst wird zur Krankheit, wenn:

- sie unangemessen stark ist,
- sie zu häufig und zu lange auftritt,
- man die Kontrolle über die Angst verliert,
- man vermeintliche Angstsituationen vermeiden muss,
- man stark unter ihr leidet.

Wie entsteht eine Angstkrankheit?

Wie entsteht beispielsweise eine Panikstörung? Bei vielen Menschen wird angenommen, dass es eine genetische Empfänglichkeit gibt. Allerdings reicht der Faktor Genetik jedoch nicht für die Erklärung der Entstehung derartiger Ängste aus. Hinzu kommen belastende Kindheits-erfahrungen, insbesondere Trennungserlebnisse oder Beziehungsprobleme, Gewalt in der Familie, sexueller Missbrauch oder andere belastende Lebens-

ereignisse. Bei einer derartigen Vorschädigung können schwerwiegende belastende Ereignisse im Erwachsenenleben, wie Scheidung oder Tod, sehr oft Trennung oder auch berufliche Extrembelastungen zu einem Ausbruch oder zu einer Verschlechterung einer Panikerkrankung führen. Es werden sozusagen „alte Wunden aufgerissen“. Es ist auch möglich, dass bei Menschen mit der oben genannten Empfänglichkeit und schlimmen Erlebnissen in der Kindheit schon bei relativ geringen Ängsten äußeren Stressereignissen Angst entwickeln. Diese frühen Erfahrungen können zu einer Überempfindlichkeit neurobiologischer Angststrukturen im Hirn führen und diese Menschen für alle Stresssituationen äußerst

Untersuchungen belegen, dass Angststörungen in der Bevölkerung weit verbreitet sind. So geht man davon aus, dass über die gesamte Lebensspanne

- 2 % der Bevölkerung unter Panikstörung,
- 5 % unter Agoraphobie,
- 10 % unter spezifischer Phobie,
- 2,5 % unter sozialer Phobie,
- 5 % unter generalisierter Angststörung leiden.

Frauen erkranken doppelt so häufig wie Männer. Auffällig ist, dass Angstpatienten häufig getrennt leben, geschieden oder verwitwet sind.

empfindsam machen. Sie können bereits auf harmlose Symptome, wie Herzrasen oder Herzstolpern mit Panik reagieren und diese häufigen Bagatellsymptome überinterpretieren. In dem Augenblick der Überbewertung von körperlichen Symptomen führt dies zu einem Teufels-

Der Autor:

Prof. Dr. med. Michael Zaudig, Arzt für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychotherapeutische Medizin; seit 1.2.1992 Chefarzt der Psychosomatischen Klinik Windach; Mitglied des Bundesvorstandes der Deutschen Gesellschaft für Psychotherapeutische Medizin (DGPM) sowie des Vorstandes der bayerischen DGPM; seit 1994 Landesbeauftragter der Deutschen Ärztlichen Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DÄVT).



Im deutschsprachigen Raum begann mit der Öffnung der Psychosomatischen Klinik Windach im Jahr 1976 die stationäre verhaltenstherapeutische Versorgung. Die Klinik Windach hat sich seither u. a. auf die Intensivbehandlung von Angsterkrankungen spezialisiert.

kreis der Angst: Die Fehlinterpretation der Symptome als gefährlich führt zu verstärkter Angst, diese wiederum führt zu verstärkten vegetativen Symptomen und diese werden wiederum zusätzlich als gefährlich interpretiert. Ein Aufschaukelungsprozess hat begonnen und führt zu dem, was man üblicherweise Panik nennt – eine normale Reaktion im Arbeitsalltag ist so gut wie ausgeschlossen (s. nebenstehende Abbildung).

Häufig treten Panikattacken in bestimmten Situationen auf und natürlich wird der Betroffene diese Situation meiden wollen. Aber genau dadurch wird die Angst nochmals stärker: Vermeidung suggeriert immer, dass es sich um etwas Gefährliches handeln müsse, sonst hätte man ja die bestimmte Situation nicht vermieden. Dies ist der Beginn

einer Chronifizierung der Störung. Und spätestens hier braucht der Betreffende Hilfe.

Ursachen für Angststörungen

Es gibt vielfältige Ursachen, die zu einer Angsterkrankung führen können:

Neben körperlichen Erkrankungen, Entwicklung (Erziehung, Kindheitsentwicklung), bestimmten Persönlichkeitsfaktoren und genetischen Prädisposition spielen psychosoziale Belastung in der Partnerschaft und Familie, aber zunehmend auch auf Arbeitsebene, wesentliche Rollen.

finden sich bei 20-30 % der Patienten eine komplette Rückbildung der Symptomatik. Erschreckend ist jedoch, dass zwischen dem Auftreten der Krankheit und der Diagnosestellung durchschnittlich mehr als zehn Jahre liegen. Die Krankheit manifestiert sich in dieser Zeit und wird chronisch. Für den Patienten bedeutet dieser lange Zeitraum z. T. gravierende psychosoziale Konsequenzen im Alltag und Beruf.

Therapiemöglichkeiten

Viele Ängste sind mit guten Heilungschancen therapierbar. Je eher die Therapie beginnt, desto günstiger.



Grafik: Klinik Windach/Prof. Zaudig

Dabei sind zu unterscheiden:

- Angsterkrankungen, die mit plötzlich auftretenden Angstattacken (Panik) auftreten und eine maximale Angst in kurzer Zeit entwickeln können,
- Angsterkrankungen, die andauernd mit dauerhaft erhöhten Angstgefühlen ohne ersichtliche Ursache bestehen
- Angsterkrankungen, die sich auf bestimmte Objekte oder Situationen beziehen.

Angststörungen verlaufen in der Regel lang dauernd, allerdings

Die heute angewandten verhaltenstherapeutischen Verfahren konnten in vielen Studien ihre sehr gute Wirksamkeit mit hohen Erfolgsraten zeigen. Grundsätzlich unterscheidet man dabei die Methoden der Expositionsverfahren (man setzt sich genau den Situationen aus, die man aus Angst vermeidet), der kognitiven Therapiestrategien (man versucht, den irrationalen Ängsten rationale Gründe und Wahrscheinlichkeiten entgegen zu halten) und der Ent-

spannungsverfahren, wie z. B. die Progressive Muskelentspannung nach Jacobson.

Die Verhaltenstherapie und die kognitive Therapie erwiesen sich in Studien als effektiver als die medikamentösen Therapien und zeigten gute Langzeiteffekte.

Typische Phasen der kognitiven und Verhaltenstherapie bei Angststörungen (aber auch bei Zwangsstörung) sind:

- Diagnostik und Vorbereitungsphase mit Aufbau einer therapeutischen Beziehung. Im Mittelpunkt steht die Diagnostik des Verhaltens und Entstehung der Erkrankung, die Vorbereitung auf die Konfrontation oder Exposition sowie Erklärung des Krankheitsmodells (siehe Teufelskreis der Angst).
- Expositionsphase: Hier werden die Patienten mit den vermeinten Situationen (z. B. bei der Agoraphobie) konfrontiert. Sie müssen die Angst aushalten bis sie spüren, dass die Angst absinkt. Im Vorfeld glaubt der Patient immer, die Angst wächst ins Unendliche. Diese Konfrontationen müssen häufig durchgeführt werden, bis die Angst minimal geworden ist.

Im Rahmen der kognitiven Therapie werden die Gedanken positiv umstrukturiert, weg von den katastrophisierenden irrationalen Gedanken. Zudem ist es dringend notwendig, die aufrechterhaltenden Bedingungen für die Angststörung zu klären und zu verändern, durch Angehörigengespräche, Training sozialer Kompetenzen und die berufliche Reintegration.

Ziele einer Therapie von Angststörungen sind immer:

Reduzierung der Panikattacken, der Erwartungsangst, der Vermeidung sowie Verbesserung der Lebensqualität und der Allgemeinzustände.

Und in den allermeisten Fällen können diese Ziele auch erreicht werden.

Prof. Dr. med. Michael Zaudig

GdP-Frauengruppe (Bund) thematisiert „Angst“:

Über Angst muss man reden...

Bei Großlagen und Katastropheneinsätzen ist sie bundesweit eine Selbstverständlichkeit – die bedarfsorientierte psychologische Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen vor Ort. Doch auch die weniger spektakuläre Bewältigung des Polizeialltags, Spannungen in der Dienststelle oder Konflikte im privaten Umfeld, belasten Beschäftigte in der Polizei auf vielfältige Weise – und lösen Ängste aus, mit denen jeder Einzelne konfrontiert sein kann. Und dennoch sind sie in den meisten Dienststellen noch ein Tabuthema. Grund für die Frauengruppe (Bund), sich eines Beschlusses des GdP-Bundeskongress 2002 anzunehmen, dieses Problem zu thematisieren und in einer Arbeitsgruppe aufzubereiten.

„Wie entstehen diese ‚kleinen Ängste‘, die jeder von uns kennt? Worin liegen die Ursachen, wie nimmt sie der Einzelne wahr und wie bekommt man sie in den Griff? Das waren unsere Ausgangsfragen“, schildert Ursula Fendl, Koordinatorin der Arbeitsgruppe „Ängste im Polizeialltag“, die Ausgangsfragen für die Diskussion in der Frauengruppe (Bund). „Aus unserer Umfrage in den Ländern wissen wir: In vielen Polizeibehörden lässt es das dienstliche Klima kaum zu, offen über Ängste zu sprechen. Um den Betroffenen zu helfen, muss dieses Tabu gebrochen werden. Dazu wollen wir unseren Beitrag leisten“, so Ursula Fendl weiter.

Kleine Ängste – großes Thema

Doch wer mit schnellen Antworten und einfachen Lösungen gerechnet hatte, stellte rasch fest: Kleine Ängste sind ein großes Thema. Schon mit dem Begriff „Angst“ mussten sich die Frauen ausführlich auseinandersetzen. „Zuerst gilt es, gesunde Angst, die uns vor Gefahren schützt, zu unterscheiden von Angst, die zur Krankheit wird, uns unverhältnismäßig belastet und unsere Lebensqualität einschränkt,“ formuliert Martina Filla (NW), Mitglied der AG „Ängste im Polizeialltag“ eine wichtige Erkenntnis, die sie aus den Referaten der Arbeitstagung gewonnen hat.

Angst hat viele Ursachen

Vielfältig sind auch die Anlässe und die Erscheinungsformen der alltäglichen Ängste – auch das wurde in den Debatten der Frauengruppe (Bund) deutlich. Heike Rensch aus Bremen, ebenfalls aktiv in der AG, fasst das Diskussionsergebnis ihres Workshops zusammen: „Ängste können sehr persönlich motiviert sein, z. B. wenn es um die Übernahme von Verantwortung oder um eigenes Fehlverhalten geht. Sie werden aber auch durch Sorge über finanzielle Einbußen oder um die eigene Existenzgrundlage ausgelöst. Und selbstverständlich können der Arbeitsplatz selbst sowie schwierige Beziehungen zu KollegInnen und Vorgesetzten Quelle zahlreicher Ängste sein, vor allem wenn es um die Anerkennung der eigenen Leistung oder Auseinandersetzungen im Team geht.“

„Um mit Ängsten umgehen zu lernen, ist es besonders wichtig, sich eigene Ängste einzugestehen und auch bei anderen solche Signale zu erkennen, so die einhellige Meinung der Kolleginnen, die auf der Arbeitstagung nach Möglichkeiten suchten,

Ängste in den Griff zu bekommen.“ beschreibt Gundula Thiele-Heckel (HH), das wichtigste Ergebnis ihres Workshops.

Über Ängste muss man sprechen dürfen

Ein gesundes Betriebsklima, das Polizistinnen und Polizisten gern zum Dienst kommen lässt, und eine Atmosphäre, in der sie individuelle Ängste auch ansprechen dürfen, sind die beste Vorsorge gegen Angst, die krank macht – darüber waren sich die Kolleginnen der Frauengruppe als Zwischenbilanz ihrer Diskussionen einig. „Dazu muss der Dienstherr seinen Beitrag leisten und entsprechende Rahmenbedingungen schaffen“, meint Kerstin Rothe (TH) aus der AG „Ängste im Polizeialltag“.

Daher diskutiert die Frauengruppe (Bund) derzeit, wie diese Rahmenbedingungen genau aussehen sollen und auf welche Weise sie herzustellen sind. „Möglicherweise münden unsere Überlegungen auch in eine ausformulierte Muster-Dienstvereinbarung, mit der die Personalvertreter vor Ort die Leitungen ihrer Dienststellen in die Pflicht nehmen können“, schlägt Anke Kawald (SH) vor. Auch an einem Forderungskatalog, der die Fürsorgepflicht des Dienstherrn in konkrete Maßnahmen gegen „Ängste im Polizeialltag“ umsetzt, arbeiten die Kolleginnen der AG. *wew*

Bisherige Ergebnisse der AG stellen wir auf den folgenden Seiten vor und hoffen, dass viele Kolleginnen und Kollegen sie als Diskussionsgrundlage nutzen und uns ihre Erfahrungen zum Thema, Vorschläge und Ergänzungen mitteilen:

**Gewerkschaft der Polizei
Redaktion**

DEUTSCHE POLIZEI

Kennwort:

AG „Ängste im Polizeialltag“

Stromstrasse 4, 10555 Berlin

E-Mail:

gdp-redaktion@gdp-online.de

Fax: 030 – 39 99 21 190

Was bei akuten Ängsten getan werden kann

Im Rahmen unserer Artikel können wir zwar weder auf sämtliche Feinheiten des Vorgehens bei akuten Ängsten eingehen, noch die so genannten großen Lagen, die Ängste auslösen können, allumfassend beleuchten, aber einen Leitfadensatz um Umgang mit der Angst anbieten.

Hier sind eher die kleinen Ängste des Alltags gemeint, die mit zunehmender Arbeitsverdichtung, Personalabbau, damit verbundenem steigenden Arbeitsdruck und fehlender Austauschmöglichkeiten so manche Kolleginnen und Kollegen in einen Kreislauf von Problemen bringen, die sie/er allein nicht mehr lösen können.

Wie erkenne ich Ängste der Kolleginnen und Kollegen

Jeder Mensch sendet Signale aus, die seinen Zustand anzeigen. Diese Signale richtig zu deuten ist aber für Außenstehende mitunter sehr schwer, denn selbst die Betroffenen können ihr Unbehagen oft nicht erklären. Eine gute Beobachtungsgabe und Sensibilität sind hier gefragt, aber das gehört in unserem Beruf eigentlich zum Handwerkszeug.

Was also sollte nachdenklich machen, wenn sich eine Kollegin oder ein Kollege plötzlich verändert?

Äußere Faktoren hierfür können sein:

- Reizbarkeit
- Ablehnung
- Schauspielerei
- Rückzug

Zu beobachten sind häufig ein allgemeiner Leistungsabfall, Verhinderungsstrategien, Verlust der Freude am Beruf bis hin zur Arbeitsverweigerung. Es wird

Angst im Kollegenkreis – niemanden allein lassen

immer öfter eine so genannte „Auszeit“ genommen. Krankmeldungen häufen sich vor und nach Wochenenden, dem Urlaub, vor geplanten Einsätzen.

Auffällig sind auch Veränderungen im Aussehen, im Wesen, körperliche Veränderungen: Die Kleidung wird nachlässiger; dunkle, insbesondere schwarze Kleidung wird bevorzugt; das Körpergewicht nimmt rapide ab bzw. zu; es tritt äußere Verwahrlosung ein. Kontaktangst herrscht vor, die Betroffenen ziehen sich immer mehr zurück. Das kann von Hilflosigkeit bis hin zur Selbstaufgabe der Betroffenen führen und als **ich-bin-nicht-gut-enough-Syndrom** bezeichnet werden.

Handlungsmöglichkeiten als Außenstehender

Die schlechteste Strategie ist passives Abwarten, ein Überspielen der Situation. Natürlich ist es im Moment leichter, einfach die Augen zu verschließen, eigentlich sind doch die anderen, die Dienst-vorgesetzten gefordert.

Aber gerade wir, die wir täglich eng mit den Betroffenen zusammen arbeiten und uns auf sie verlassen müssen, haben ein besseres Gespür und einen besseren Zugang zu ihnen.

Falsch wären allerdings die so genannten guten Ratschläge, die „Gesprächszerstörer“ wie:

- du musst nur wollen
- reiß dich zusammen
- lass dich nicht so gehen
- probier's mal mit Melissentee
- was ist nur los mit dir, du hast doch alles
- du musst nur mal auf

andere Gedanken kommen

- geh mal zum Arzt XY
- das wird mal böse mit dir enden

Was kann ich tun um die Ängste anderer zu erkennen, wie kann ich helfen?

Erste Schritte können sein:

- Sensibilisierung/Beobachtung
- Angebote/Weitervermittlung
- Hilfe zur Selbsthilfe

Zunächst ist es wichtig, offen für meine Kolleginnen und Kollegen zu sein, ihr Verhalten zu beobachten, auf ihre Belange Rücksicht zu nehmen. Dazu gehört auch, das gesamte Umfeld nicht außer Acht zu lassen, ggf. die Gesprächskultur an der Dienststelle zu überdenken und zu verändern.

Notwendig und hilfreich können aber auch direkte Gesprächsangebote an die Betroffenen sein. Meist reicht zunächst einmal aus, sich dafür Zeit zu nehmen und ruhig zuzuhören. Damit zeige ich Mitgefühl, Fürsorge und Verständnis für die Belange, kann dadurch Vertrauen vermitteln. Ein Rat oder irgend-

welche Verhaltensmaßregeln sind oft in dieser Situation gar nicht gewünscht.

Grundhaltung sollte sein: keine Vorwürfe, keine Ablehnung, nicht genervt sein, den Betroffenen nicht bedrängen.

Sollte eine Kontaktaufnahme aus verschiedenen Gründen nicht möglich sein, kann diese auch über eine nahe stehende Vertrauensperson erfolgen. Mein Beitrag wäre in diesem Fall, ihnen einen so genannten „Schutzraum“ zur Verfügung zu stellen. Ein Gespräch in sicherer Atmosphäre wirkt oft Wunder.



Möglichkeiten der Hilfe in dieser Situation können gemeinsame Vereinbarungen sein, die dann auch eingehalten werden. Durch Motivation und Anerkennung der Arbeit kann das Selbstwertgefühl wieder gestärkt werden.

Es muss jedoch nicht alles auf meinen Schultern lasten, ich kann und sollte mir ggf. auch Verbündete suchen. Hier ist an den Dienstvorgesetzten, die Polizei-seelsorge, den Polizeiarzt oder auch die Gleichstellungsbeauftragte zu denken, denn Probleme lassen sich meist nicht von heute auf morgen lösen.

Wichtig bei meiner Unterstützung ist jedoch immer der Gedanke „Mache die Ängste anderer nicht zu deinen eigenen Ängsten“.

Handlungsmöglichkeiten als Betroffene und Betroffener

Auch ich selbst kann einmal in Situationen geraten, die plötzlich Ängste in mir auslösen und mich in einen Kreislauf geraten lassen, aus dem ich mich selbst nicht mehr befreien kann. Es gibt nur zwei Möglichkeiten, die unterschiedliche Ergebnisse erzielen:

Ich tue etwas in den Bereichen:

- **besseres Selbstwertgefühl**
- **Steigerung der Selbstachtung**
- **bessere Lebensqualität**
- **Berufsfähigkeit**
- **Familie**
- **soziale Kontakte**
- **Freude am Leben**

Ich resigniere:

- **größere und häufigere Ängste**
- **Verlust von Beziehungen**
- **äußerst unangenehme Körpergefühle**
- **Berufsunfähigkeit**
- **Depression, Sucht, Isolation**
- **sozialer Abstieg**
- **häufiger Aufenthalt in Kliniken**

Folgende Schritte sind vorstellbar:

- **Eingeständnis der Ängste**
- **professionelle Hilfe**
- **Selbsthilfe**

Zunächst muss ich mir gegenüber meine Ängste auch eingestehen, darf keine Ausreden mehr suchen.

Vielleicht sollte ich mich selbst einmal hinterfragen:

- **Wie gehe ich eigentlich mit mir um?**
- **Wie ist meine Ehe/Partnerschaft beschaffen?**
- **Wie sehen die Beziehungen zu Eltern, Freunden, Kindern, Kollegen aus?**
- **Macht mir mein Beruf Spaß?**
- **Kann/muss ich mein Verhaltensmuster ändern?**

Wichtig ist auch die Frage, ob ich mir ggf. eine Vertrauensperson suchen sollte.

Über diese Vertrauensperson kann ich dann um Hilfe und Verständnis für meine Lage bitten, gemeinsam den Tagesablauf strukturieren, mir für einige Zeit den Rücken freihalten lassen.

Zu empfehlen ist auch ein Stress- oder Gefühlstagebuch zu führen, denn in Worte gefasste Ängste und Gefühle bringen Ordnung in das Chaos. Auch sollte ich mich nicht scheuen, professionelle Hilfe in Anspruch zu nehmen, wenn es notwendig ist.

Selbsthilfe bedeutet auch, ich muss zunächst offen mit mir und meinen Ängsten sein, Kontakt zu Kolleginnen und Kollegen suchen, Stärke zeigen und Schwächen zulassen. Ich muss lernen, mich selbst zu lieben, zu akzeptieren, nett zu mir sein.

Das stärkt das Selbstwertgefühl, macht eigene Fortschritte für sich erkennbar und gibt Freude am Leben zurück, denn Selbsterkenntnis ist immer noch der erste Weg, um die Ängste zu besiegen.

Unsere Aufgabe ist es also, Betroffene zu unterstützen sowie die strukturellen Voraussetzungen und Hilfsangebote zu schaffen.

Denn es geht um:

- **Wahrnehmung und Verantwortung,**
- **Sorgen und Nöte von Menschen,**
- **die Kultur der Polizei.**

fu

Forderungen an den Dienstherrn

Viele Kolleginnen und Kollegen werden von Ängsten heimgesucht. Die Grundlagen dafür sind durchaus auch in unserem Beruf und in unseren innerdienstlichen Verhältnissen zu finden. Aber keine Polizeibeamtin und kein Polizeibeamter ist dafür ausgebildet, alles ertragen zu können und ertragen zu müssen. Das Wichtigste, was der Dienstherr in dieser Frage tun kann ist Prävention.

Fürsorgepflicht des Dienstherrn

Fest steht: Der Dienstherr hat eine Fürsorgepflicht, die zwar gesetzlich festgeschrieben ist, der er aber oft nicht umfassend nachkommt. Nötig wäre aber, dass jeder Leiter mit Wissen und sozia-

- seinen Platz kennt,
- sich über seine Aufgabe und persönliche Perspektive im Klaren ist bzw. rechtzeitig informiert wird,
- über Veränderungsabsichten auf Dienststellen informiert wird und in den Veränderungsprozess eingebunden wird sowie
- sich sicher sein kann, dass der Dienstherr – auf welcher Ebene auch immer – hinter ihm steht.

Gesundheitszustand kennen

Weiterhin hat der Dienstherr die Pflicht, sich global über den Gesundheitszustand seiner Mitarbeiter zu informieren (wie viele Mitarbeiterinnen und Mitar-

andererseits auf den Gesundheitszustand aus.

Weg und Ziel

Jeder Mitarbeiter, vom Tarifbeschäftigten bis hin zum Beamten des höheren Dienstes muss mit dem Phänomen „Ängste im Polizeialltag“ konfrontiert werden. Wichtig ist eine umfassende Aus- und Fortbildung aller Mitarbeiter, um Ängste zu erkennen und die soziale Kompetenz des Umgangs mit Ängsten zu erlernen.

Hilfreich wären so genannte Angststudien in den Bundesländern. Das Thema erscheint so wichtig, dass es sich als Lehrthema an den Verwaltungsfachhochschulen ebenso anbietet wie als Thema für Diplomarbeiten. In der Auseinandersetzung mit dem Thema Angst durch unsere jungen, heranwachsenden Führungskräfte wird ein sensiblerer Umgang mit Ängsten, ein besseres Erkennen, mit der Möglichkeit auf Ängste zu reagieren, geschult. Der Blick öffnet sich für zwischenmenschliche Konflikte und Probleme des Polizeialltags.

Verfahrensregelungen im Umgang mit Angst

Es ist äußerst wichtig, klare und überschaubare Strukturen des psychologischen Dienstes zu schaffen und zu publizieren.

Egal, wer in den einzelnen Bundesländern in die psychologische Betreuung eingebunden ist – ob Polizeipfarrer, Kriseninterventionsteams, Psychologen – die Struktur muss klar und eindeutig geregelt sein. Die in den polizeipsychologischen Dienst eingebundenen Mitarbeiter, müssen eine ständige (örtliche) Erreichbarkeit garantieren. Um diesem hohen Anspruch Rechnung zu tragen, sind die Schaffung von Netzwerken der Ansprechpartner notwendig.

In der Polizei bringt jeder Tag unvorhersehbare Ereignisse mit sich. Aus kleinen banalen Einsätzen können sich große besondere Einsatzlagen entwickeln.

Deshalb sollte es Checklisten geben, die ein Verhaltensraster festschreiben (was für ein Ereignis, wen informiert, tags, nachts, Gesprächsbedarf, wann weitergeleitet, Kollege nach Hause geschickt, Krankschreibung ...).

Darüber hinaus sind dringende Verfahrensregelungen zur späteren Hilfe sowie Nachbetreuung erforderlich. In jedem Fall ist eine psychologische Unterstützung durch soziale Ansprechpartner zu gewährleisten.

Sind wirkliche Ängste aufgetreten und drohen sich zu potenzieren, so ist die Hilfeleistung durch Dritte auszubauen. Ambulante und stationäre Therapie durch externe Fachleute ist zu gewährleisten. Die Schweigepflicht analog derer von Ärzten ist dabei einzuhalten.

Der Dienstherr hat dafür zu sorgen, dass eine schnelle Wiedereingliederung ohne jegliche Diskriminierung der Mitarbeiter erfolgt.

Diese gesamte Verfahrensweise sollte in einer Richtlinie zusammengefasst werden, die sowohl den Umgang mit den Checklisten regelt als auch die Krisenintervention.

Aktion statt Reaktion

Hier schließt sich der Kreis der Forderungen. Mehr Wissen über das Phänomen Angst schafft Aufklärung. Damit wird das Thema Angst aus der Tabuzone genommen. Betroffene Kolleginnen und Kollegen erkennen, dass sie Hilfe in Anspruch nehmen können und sollten. Aufgrund von Akzeptanz erfahren die Betroffenen Verständnis in ihren Arbeitsbereichen, werden dort sozusagen aufgefangen und eine schnellere Wiedereingliederung wird wahrscheinlich.

ro

„Wenn immer weniger Mitarbeiter immer mehr leisten müssen, wirkt sich dies negativ auf das Betriebsklima und den Gesundheitszustand aus.“

ler Kompetenz die Situation in seiner Dienststelle zu analysieren und ein gesundes Betriebsklima zu fördern vermag.

Rahmenbedingungen

Für ein gesundes Betriebsklima, das Polizistinnen und Polizisten angstfrei und selbstbewusst zum Dienst kommen lässt und das den Polizeiberuf als Berufung unterstützt, sind Rahmenbedingungen erforderlich. Dazu zählen:

- eine zukunftsorientierte Polizeipolitik,
- eine grundsätzliche Reformpolitik mit einem endgültigen Resultat,
- eine vernünftige Personal- und Stellenplanung sowie
- eine transparente Informationspolitik.

Diese Rahmenbedingungen sollen darauf ausgerichtet sein, dass jeder Mitarbeiter der Polizei:

beiter sind nur eingeschränkt polizeidienstfähig, wie viele sind über längeren Zeitraum arbeitsunfähig, wie viele Mitarbeiter in vorzeitigen oder in regulären Ruhestand gehen werden). Diese Analyse ist gemeinsam mit dem Polizeiarztlichen Dienst/Polizeipsychologischen Dienst regelmäßig zu führen und dahingehend zu hinterfragen, ob es sich um psychosomatische Erkrankungen, innere Kündigung oder Ähnliches handelt.

Zudem ist dringend eine Kopplung mit den geltenden Arbeitsschutzrichtlinien notwendig. Wird Arbeitsschutz wirklich überall eingehalten? Wie sieht es aus mit der Bereitstellung von Computerarbeitsplätzen, mit Lärmbelästigung, Nichtraucher-schutz etc.?

Wenn immer weniger Mitarbeiter immer mehr leisten müssen, wirkt sich dies negativ einerseits auf das Betriebsklima

Wie hoch ist die berufliche Belastung im Polizeialltag?

Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte werden in der Ausübung ihres Berufes mit einer Vielzahl verschiedener Aufgaben und Anforderungen und dementsprechend auch mit einer Fülle unterschiedlicher psychischer Belastungen konfrontiert. Das Spektrum der Belastungen reicht dabei von Extremsituationen im Einsatz wie z. B. dem Gebrauch der Schusswaffe, schweren Verkehrsunfällen, Leichenfunden und dem Überbringen von Todesnachrichten über die Wechselschichtarbeit, zwischenmenschliche Konflikte mit Kollegen/innen, bis hin zu Unzufriedenheit mit der Organisation der Arbeit.

Nicht jede/r empfindet Belastungssituationen gleich – unterschiedliche Personen reagieren verschieden auf diese Situationen. Allerdings werden die oben skizzierten Situationen mit hoher Wahrscheinlichkeit von den meisten Polizeibeamtinnen und -beamten als belastend betrachtet. Solche stressinduzierenden Situationen können negative Folgen nach sich ziehen, wie z. B. Unzufriedenheit, Krankheiten und Konflikte.

Gefördert durch die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) führt das Institut für Aus- und Fortbildung der Polizei NRW (IAF) in Kooperation mit der Universitätsklinik Münster (UKM) ein Forschungsprojekt zu dieser Thematik durch. (DP berichtete in den Ausgaben 11/03 und 4/04 sowie im Mitgliederbereich der GdP-Homepage aktuell).

Im Rahmen des Projektes wurde ein polizeispezifischer Fragebogen zur Selbsteinschätzung der eigenen beruflichen Belastung entwickelt. Der Fragebogen soll Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten bei der Betrachtung ihrer eigenen beruflichen Belastung helfen und ihnen

Empfehlungen und Hinweise zur Verringerung ihres persönlichen Belastungs- und Beanspruchungsniveaus geben. So können schwere Erkrankungen vermieden, die Betreuungsbedürfnisse der Betroffenen besser erfüllt, Ausfallzeiten verringert und die Arbeitszufriedenheit gesteigert werden.

Das Instrument wurde speziell für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei entwickelt und umfasst Belastungs-



Belastung nach schwerem Verkehrsunfall
Foto: Innenministerium NRW

situationen, die aus dem beruflichen Tätigkeitsfeld erwachsen können. Dazu zählen einzelne schwere Belastungen (Extremsituationen), aber auch chronische berufliche Belastungen und/oder alltägliche „Ärgernisse“. Bevor das entwickelte Verfahren in der Praxis eingesetzt werden kann, soll es abschließend vor dem Hintergrund einer wissenschaftlichen Güteprüfung in einer Online-Befragung von ca. 2.000 Polizeibeamten/innen erprobt werden. Um dieses Vorhaben realisieren zu können, möchten wir Sie bitten, uns im Rahmen unserer Arbeit zu unterstützen und an der Online-Befragung teilzunehmen. Der Fragebogen wird in einer Online-Version eingesetzt, um

a) möglichst viele Kollegen/innen möglichst leicht und in ei-

nem geschützten Raum zu erreichen,

b) einen möglichst hohen, wirtschaftlich effizienten Rücklauf sicherzustellen,

c) sowie vor allem, um den Polizistinnen und Polizisten die Möglichkeit zu geben, einen ersten eigenen Eindruck und eine Rückmeldung über ihr aktuelles Belastungsausmaß zu bekommen – ohne sich an Dritte wenden zu müssen und ohne das Einschalten von Vorgesetzten oder anderen Dienststellen.

Nur wenn möglichst viele Kolleginnen und Kollegen den Fragebogen erproben, ist eine zuverlässige und gültige Aussage über den subjektiv empfundenen aktuellen Belastungszustand des Einzelnen möglich.

Teilnehmen an der Online-Befragung können alle Mitarbeiter/innen der Polizei bundesweit – unabhängig von der gegenwärtigen Funktion oder Verwendung unter <http://web2.muensterpi.polizei.nrw.de/opti> (Intranet der Polizei NRW).

Im Internet ist der Fragebogen unter www.opti-online.de eingestellt.

Stefan Reinecke, Institut für Aus- und Fortbildung der Polizei Nordrhein-Westfalen

GdP vergibt CD „Konfliktbewältigung am Arbeitsplatz“

Konflikte begegnen uns täglich, ob im morgendlichen Stau, am Arbeitsplatz, in der Familie oder bei Freunden. Konflikte zu meistern, d. h. sie zu verstehen, zu handeln, mit den Emotionen umzugehen und sie zu lösen ist Ziel von Seminaren und Arbeitshilfen der Gewerkschaft der Polizei. Als Begleitmaterial wurde eine Arbeits- und Lern-CD entwickelt, die sich mit dieser Thematik beschäftigt.

Mit einem virtuellen Konfliktbewältigungsseminar bietet sich den GdP-Kolleginnen und -Kollegen die Möglichkeit, mehr über Konflikte und die Methoden der Konfliktführung zu erfahren. Die CD beinhaltet vielfältige Texte, Informationen und interaktive Tests. Sie wurde für Kollegen/innen entwickelt, die sich aufgrund ihrer gewerk-



schaftlichen und/oder beruflichen Position mit diesem Thema auseinandersetzen müssen.

Die CD „Konfliktbewältigung am Arbeitsplatz“, aber auch die Arbeitshilfen zu den Themen „Konfliktbewältigung“ und „Konfliktfähigkeit“, sind kostenlos über die GdP-Landesbezirke bzw. -Bezirke erhältlich.

ter

Arbeitsbedingungen von Polizisten in der EU im Fokus

Mit dem Veranstanen einer großen Konferenz in Lettland hat EuroCOP auch ein Zeichen zur Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen in Lettland gesetzt: Lettland ist das einzige Mitgliedsland der Europäischen Union, in dem Polizistinnen und Polizisten sich bisher weder in Berufsorganisationen noch in Gewerkschaften organisieren dürfen. Erst auf den anhaltenden Druck von EuroCOP hin, ist jetzt Bewegung in die Lettische Politik gekommen:

Während draußen der lettische Winter das Land mit Eis und Schnee fest im Griff hatte, leitete der lettische Innen-

Am 28. Februar 2005 hat in der lettischen Hauptstadt Riga die zweite EuroCOP-Konferenz zur Zusammenarbeit der Polizei in der erweiterten EU stattgefunden. Neben Teilnehmern von EuroCOP-Mitgliedsorganisationen freute sich Heinz Kiefer, Präsident der European Confederation of Police, auch über eine rege Beteiligung von Kollegen aus Lettland, Estland, Litauen und Bulgarien.

Im Mittelpunkt des ersten Teils der Konferenz stand dann auch die konstruktive Rolle, die Gewerkschaften bei der Gestaltung von Veränderungsprozessen in der Polizei spielen können. Einar Hendriksen, Polizeipräsident in Norwegen arbeitete

in dem Gespräche auf Augenhöhe stattfinden können. Hendriksen ließ dabei allerdings keinen Zweifel daran, dass gesetzlich geregelte Teilhaberechte der Personal- und Gewerkschaftsvertreter hierfür eine Grundvoraussetzung sind.

Davon, dass dieser Zustand keine Selbstverständlichkeit ist, konnten sich die Teilnehmer im anschließenden Vortrag von Kalle Liivamägi überzeugen, der als Vorsitzender des Estnischen Gewerkschaftsdachverbands ROTAL über die schwierige Aufbauphase der Polizeigewerkschaft in Estland berichtete, wo sich seit der Zulassung einer Polizeigewerkschaft im Jahr 2000 erst langsam eine Kultur des Dialogs zwischen Gewerkschaft und Regierung etabliert.

Damit war zu Beginn der anschließenden Diskussion ein weites Spektrum eröffnet: Gemeinsam mit dem GdP-Vorsitzenden Konrad Freiberg,

diskutierten Einar Hendriksen und Kalle Liivamägi unter der Moderation von Clint Elliott, Mitglied des EuroCOP Exekutivkomitees und Generalsekretär der Police Federation of England and Wales, welche Konsequenzen sich aus unterschiedlichen sozialen Standards für Polizisten rund um die Ostsee für die polizeiliche Zusammenarbeit ergeben.

Dabei kamen auch klar die eklatanten Unterschiede in der Besoldung zur Sprache – angesichts des Drucks leerer öffentlicher Kassen auch in den neuen EU-Mitgliedsstaaten ein heißes Thema. Vor allem für junge Menschen, so zeigte die Diskussion, spielt die Frage einer angemessenen sozialen und wirtschaftlichen Absicherung neben Aufstiegs- und Weiterbildungschancen eine herausragende Rolle bei der Berufswahl, wie Konrad Freiberg feststellte. Gerade angesichts der steigenden Anforderungen an die Polizisten. Die Diskutanten waren sich daher einig in der Forderung, dass Sicherheit ihren Preis hat, wie Heinz Kiefer es in seiner Zusammenfassung formulierte. „Der sozialen und wirtschaftlichen Absicherung derjenigen, die in einem demokratischen Gemeinwesen für die Sicherheit der Bürger sorgen, kommt eine zentrale Bedeutung zu“, so Kiefer. „Sicherheit ist nicht alles, aber alles ist nichts ohne Sicherheit“.

Einigkeit herrschte darüber, dass ohne entsprechende Anreize mittelfristig die Qualität der Polizeiarbeit leiden werde – insbesondere angesichts der steigenden Anforderungen an die Polizei die letztlich auch Resultat einer zunehmenden grenzüberschreitenden Vernetzung sind.

Genau um diese grenzüberschreitende Vernetzung der Polizei und die daraus erwachsenen Herausforderungen ging es im Anschluss: ganz konkret um die Frage, wie sich Europol, Netzwerke von Verbindungsbeamten in den EU-Mitgliedsstaaten, verschiedene bi- und multilaterale Abkommen zur polizeilichen Zusammenarbeit und eine übersichtliche Vielfalt von Möglichkeiten des Datenaustauschs miteinander verbinden lassen – und das möglichst ohne unnötige Doppelungen und Verschwendung knapper Ressourcen.

Was sich wie die Quadratur des Kreises anhört, kommt tatsächlich einem gordischen Knoten sehr nahe.

Aus Sicht von Jytte Ekdahl, Vertreterin der OK Koordi-



Konrad Freiberg mit Berndt Georg Thamm und BKA-Verbindungsbeamter in Riga, Georg Schuh

minister Eriks Jekabsons auf der EuroCOP-Konferenz für seine Polizisten den Frühling ein, indem er die Bedeutung einer Gewerkschaft für die Polizei anerkannte. Er stellte sich ausdrücklich hinter die zurzeit im Seim (Parlament in Lettland) auf dem Tisch liegende Gesetzesvorlage, die das Verbot der Gründungen von Gewerkschaften in der Polizei in Lettland beenden wird.

in seinem Vortrag klar die grundlegenden Voraussetzungen für einen konstruktiven Dialog heraus: Weit reichende Einbeziehung der Gewerkschaften und Personalvertreter in die Entscheidungsprozesse in der Polizei und ein gegenseitiges Verantwortungsgefühl, das auf beiden Seiten vorhanden sein muss. Dabei ist entscheidend, dass ein Klima geschaffen wird,

nierungsstelle der Dänischen Polizei sind vor allem die Mitgliedsstaaten der EU selbst gefragt, wenn es darum geht, die verschiedenen Möglichkeiten effizient zu koordinieren. So hat die Dänische Polizei alle internationalen Kontakte in einer einzigen Dienststelle zusammengefasst, die als zentrale Schnittstelle zum Ausland fungiert. Dazu kommt eine klare Konzentration auf Europol zur Koordination von Verfahren innerhalb der EU. Dieses Modell funktioniert in Dänemark anscheinend hervor-

hatte, konnte ein OK Netzwerk ausgehoben werden, in dem 600 Einzelpersonen und 29 Firmen aus Großbritannien, Dänemark, den Niederlanden, Luxemburg, der Tschechischen Republik, Polen und Russland angehörten und deren Aktivitäten von Kfz-Diebstahl über Drogenschmuggel bis hin zur Prostitution reichten. Mit nationalen Ressourcen allein, wäre dieser Fall kaum zu lösen gewesen, so Wenning. Europol sei eben kein Europäisches FBI, das mit den nationalen Behörden konkurrie-



Aufmerksame Zuhörer: Eriks Jekabsons, lettischer Innenminister mit Ilze Peterzone, zuständig für internationale Beziehungen im lettischen Innenministerium
Fotos: EuroCOP

ragend – so konnten schon mehrere scheinbar unscheinbare Delikte, wie z. B. ein Autodiebstahl in Dänemark mit internationalen Banden der Organisierten Kriminalität (OK) verbunden werden.

Gerade zur analytischen Verknüpfung von Informationen aus unterschiedlichen Mitgliedsstaaten ist Europol hervorragend aufgestellt. Das wurde im Vortrag von Reiner Wenning von Europol deutlich: Ihm ging es vor allem darum, Missverständnisse über die Rolle von Europol zu beseitigen. Die Stärke von Europol liege in der analytischen Unterstützung der nationalen Behörden, so Wenning, der auch seinerseits ein praktisches Beispiel vorstellte, dass in Dänemark mit der Entdeckung eines gestohlenen LKW begonnen hatte: Nachdem die Dänische Polizei Europol eingeschaltet

re, sondern aufgrund seiner einzigartigen Möglichkeiten zur Verknüpfung von Informationen aus den Mitgliedsstaaten bestens in der Lage, nationale Investitionen zu unterstützen.

Wie nötig das ist, wurde anschließend im Vortrag des Publizisten Berndt Georg Thamm deutlich, der ein bedrohliches Bild der Möglichkeiten krimineller Organisationen von Al Qaida bis zur Mafia zeichnete. Spätestens nach dem Vortrag von Herrn Thamm war allen Teilnehmern der Konferenz klar, dass es bei der Herausforderung, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit effizient zu gestalten, nicht um Autodiebstähle, Einbrüche und Straftaten geht, sondern um die Verteidigung der modernen Demokratie und ihrer Errungenschaften schlechthin.

Jan Velleman

Vertrauen der Deutschen schwindet bedenklich

Nur noch 28 Prozent der Ostdeutschen und 56 Prozent der Westdeutschen sind zufrieden damit, wie unsere Demokratie funktioniert. Im europäischen Vergleich spricht eine Analyse des Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim* von einer geradezu „dramatischen“ Entwicklung.

Jahrelang waren die Deutschen mit ihrer Demokratie zufriedener als die EU-Bürger im Schnitt. Von Herbst 2002 bis

Frühjahr 2004 ist ihr Vertrauen in das System aber – gegen den europäischen Trend und quer durch alle Bevölkerungsgruppen – schlagartig abgesackt: um 15 Prozentpunkte im Westen, um 16 im Osten. Mit nur 51 Prozent Zustimmung liegt es nunmehr unter EU-Niveau (siehe Tabelle). Nur 1997, dem letzten Jahr der Kohl-Regierung, waren die Deutschen noch unzufriedener mit dem politischen System als heute. Auffällig ist, dass es bis 1990 in Westdeutschland eine ziemlich stabile Zufriedenheit mit dem System gab: Mehr als drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger waren zwischen 1976 und 1990 jeweils zufrieden oder sogar sehr zufrieden mit ihrer Demokratie. Danach begann ein Abwärtstrend als Zickzackkurs, mit heftigen Ausschlägen.

Jüngere zufriedener

Das insgesamt niedrigere Niveau der Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland ordnet die Analyse angesichts der kürzeren demokratischen Geschichte als „nicht verwunderlich“ ein. Der starke Zufriedenheitsverlust jetzt sei aber selbst im Vergleich mit den mittel- und osteuropäi-

schen EU-Neumitgliedern und -Kandidaten auffällig. Nur die Slowakei (20 %), Polen (16 %), Bulgarien (19 %) und Rumänien (18 %) bringen an diesem Punkt noch weniger Zufriedene zusammen. Entgegen mancher Befürchtungen sind in Ostdeutschland aber die Jüngeren (16- bis 34-Jährige) deutlich zufriedener (43 %) mit der Demokratie als die Älteren (32 %).

Tagespolitik nicht ausschlaggebend

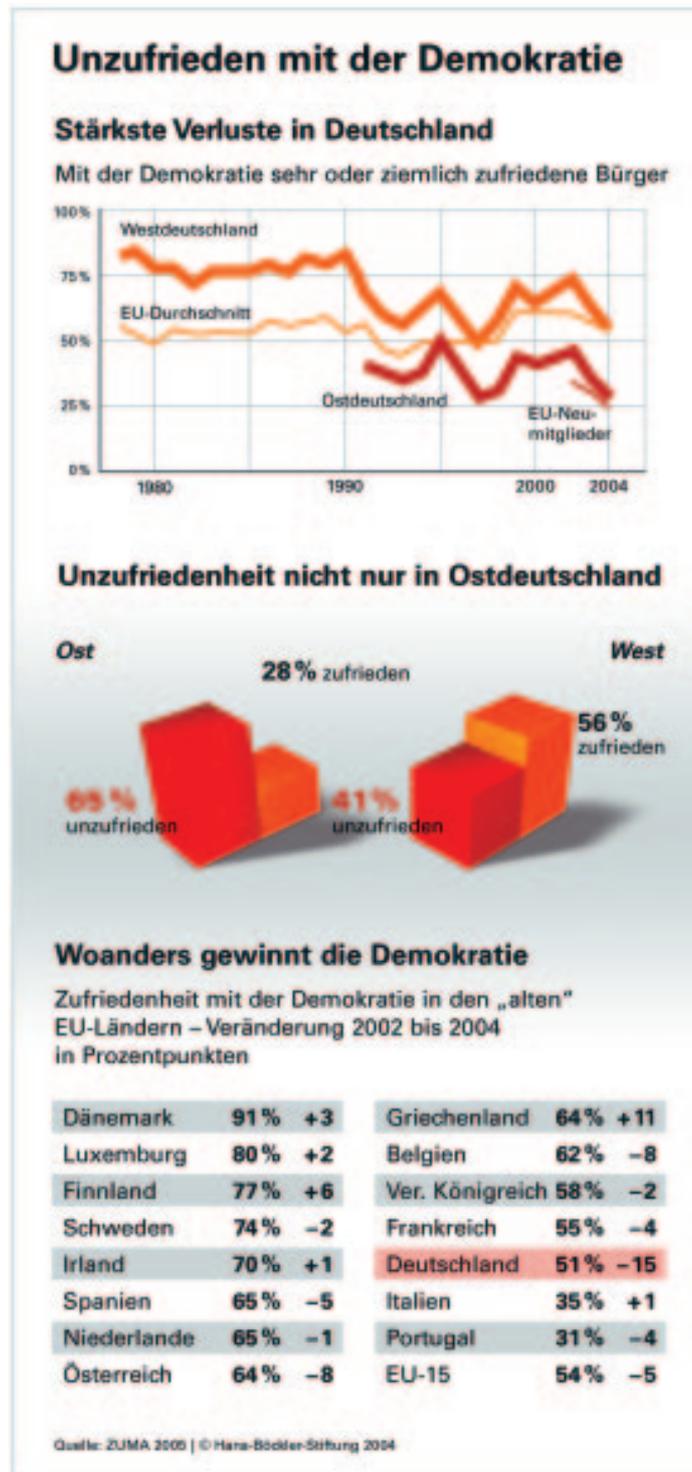
Demokratiezufriedenheit wird normalerweise wenig von der Tagespolitik beeinflusst. Erst wenn Bürger länger mit Politikern und Parteien unzufrieden sind, glauben sie, dass auch durch Wahlen nichts zu verbessern ist.

In den westeuropäischen Ländern haben bei der Einschätzung politische Gründe ein deutlich stärkeres Gewicht – Vertrauen in die politischen Institutionen sowie Polizei und Justiz. In Mittel- und Osteuropa dagegen spielen für die Demokratiezufriedenheit wirtschaftliche Erwartungen eine wichtigere Rolle, und vor allem auch: die persönliche wirtschaftliche Perspektive. Der innerdeutsche Vergleich entspricht diesem europäischen Bild. Die Ostdeutschen haben bei den Bewertungen stark die persönliche wirtschaftliche Lage im Blick, im Westen haben politische Faktoren ein größeres Gewicht. Für ganz Deutschland macht die ZUMA-Analyse aber einen „ausgeprägten wirtschaftlichen Pessimismus der Bevölkerung“ als eine Ursache der Verdrossenheit aus.

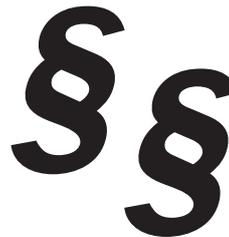
Regina Droge

*Angelika Scheuer: Demokratiezufriedenheit in Deutschland sinkt unter EU-Niveau. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren (ISI) 33, 1/2005

aus Böckler Impuls 3/2005



Abgeflachter Anstieg der Versorgungsanpassung



Das BMI legte Anfang März den Entwurf eines Versorgungsnachhaltigkeitsgesetzes vor. Damit soll das Pensionsniveau entsprechend der Rentenreform weiter absinken.

Am 1. Januar 2005 trat das „Gesetz zur Sicherung der nachhaltigen Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung vom 21. Juli 2004“ – (RV-Nachhaltigkeitsgesetz) in Kraft. Mit diesem Gesetz wird erstmals ein Nachhaltigkeitsfaktor in die Rentenanpassungsformel aufgenommen. Dieser gibt die Relation von Rentenbeziehern zu Beitragszahlern wieder und soll eine sachgerechte Belastungsaufteilung der Rentenfinanzen auf Beitragszahler und Rentner bis 2030 gewährleisten. Der Nachhaltigkeitsfaktor berücksichtigt die demographische Entwicklung, nämlich die höhere Lebenserwartung sowie den Geburten- und Erwerbstätigenrückgang.

Nachhaltigkeitsformel auch für Beamtenversorgung

Bei der Verabschiedung des RV-Nachhaltigkeitsgesetzes wurde in einer Entschließung festgehalten, dass das Gesetz wirkungsgleich auf die Beamtenversorgung zu übertragen ist.

Das soll nun mit dem nun vorgelegten „Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der nachhaltigen Finanzierung der Versorgung von Beamten, Richtern und Soldaten sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften“ (VersNG) geschehen. Schwerpunkte sind dabei die

- Absenkung des Versorgungsniveaus durch Dämpfung der Versorgungsanpassungen sowie
- Begrenzung der Berücksichtigung von Hochschulausbildungszeiten als ruhegehaltfähige Dienstzeiten.

Gemeinsam mit dem DGB und den anderen ÖD-Gewerkschaften hatte die GdP bereits vor der Umsetzung des RV-Nachhaltigkeitsgesetzes auf die Beamtenversorgung gefordert, dass die Versorgungsempfänger bei der Umsetzung des Gesetzes nicht stärker belastet werden als die Rentner. Für die GdP ist die Wirkungsgleichheit aufgrund der unterschiedlichen Alterssicherungssysteme nur dann gegeben, wenn die Nachhaltigkeitsformel des Rentenrechts auch in der Beamtenversorgung angewendet wird.

Nach Prüfung des Gesetzentwurfs kann die GdP feststellen, dass das BMI der Ansicht von GdP und DGB grundsätzlich gefolgt ist.

Einzelheiten

Der nun vorliegende Gesetzentwurf des BMI sieht im Einzelnen wie folgt aus:

- Die nächsten fünf Versorgungsanpassungen werden je Anpassungsschritt zusätzlich zum Versorgungsänderungsgesetz 2001 um weitere 0,2 Prozent abgeflacht.
- Vor dem fünften Anpassungsschritt erfolgt eine Überprüfung, ob die erfolgte Dämpfung des Anstiegs der Versorgungsbezüge der Dämpfung des Rentenanstiegs durch den Nachhaltigkeitsfaktor entspricht.
- Bei Abweichen der Werte erfolgt eine Nachjustierung der nachfolgenden Anpassungsschritte.

Gegenüber dem Versorgungsänderungsgesetz 2001 führt der vorliegende VersNG-Entwurf zu einer Absenkung des Anpassungsfaktors von bisher 1,79375 auf 1,77825. Der Höchstruhegehaltssatz beträgt somit nach dem fünften Anpassungsschritt 71,13 v. H.

Stärkung der Versorgungsrücklagen

Erfreulich aus gewerkschaftlicher Sicht ist, dass die mit dem Versorgungsnachhaltigkeitsgesetz in Verbindung mit dem Versorgungsänderungsgesetz 2001 ersparten Beträge – beginnend mit der 4. Anpassung nach dem 31. Dezember 2002 und endend mit der 8. Anpassung – vollständig den Versorgungsrücklagen des Bundes und der Länder zugeführt werden sollen (nach bisherigem Recht flossen die Minderungen durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 nur zu 50 Prozent den Versorgungsrücklagen zu).

Die Berechnungen des BMI ergeben, dass die Verminderungen der Versorgungsausgaben im genannten Zeitraum aufgrund der Übertragung des Nachhaltigkeitsfaktors auf die Beamtenversorgung rund 850 Mio. Euro betragen. Dabei unterstellte das BMI eine jährliche Anpassung der Versorgungsbezüge von 1,5 v. H.

Anrechnung von Hochschulausbildungszeiten

Der Gesetzentwurf sieht des Weiteren vor, die Hochschulausbildungszeiten nur noch für insgesamt 855 Tage als ruhegehaltfähige Dienstzeiten zu berücksichtigen (nach bisherigem

Recht wurden Hochschulausbildungszeiten bis zu drei Jahren als ruhegehaltfähig anerkannt). Der Abschmelzprozess wird gestuft bis 2010 erfolgen. Das Bundesinnenministerium vertritt die Auffassung, dass die Reduzierung der berücksichtigungsfähigen Hochschulausbildungszeiten eine wirkungsgleiche Übertragung der entsprechenden rentenrechtlichen Bestimmung darstellt. Gemäß dem RV-Nachhaltigkeitsgesetz verlieren Hochschulausbildungszeiten mit einer vierjährigen Übergangsfrist ihre rentenerhöhende Wirkung.

Erhöhung der Hinzuverdienstgrenze

Die Hinzuverdienstgrenze für Versorgungsempfänger, die wegen Dienstunfähigkeit vorzeitig in den Ruhestand versetzt worden sind, wird an das Rentenrecht angeglichen: Anstelle des bisherigen festen Betrages von 325,00 Euro tritt 1/7 der monatlichen Bezugsgröße (zurzeit 2.415 Euro) gemäß § 18 Viertes Buch Sozialgesetzbuch (entspricht 345,00 Euro).

Der Geschäftsführende Bundesvorstand der GdP hat sich auf seiner März-Sitzung mit dem Gesetzentwurf beschäftigt und dabei nochmals herausgestellt, dass der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sich gegen die Implementierung des Nachhaltigkeitsfaktors in die Rentenanpassungsformel ausgesprochen hatten. Da aber seit dem 1. Januar 2005 das RV-Nachhaltigkeitsgesetz in Kraft getreten ist, nahm der Geschäftsführende Bundesvorstand den Gesetzentwurf über eine zukunftsfähige Beamtenversorgung zur Kenntnis.

HJA

Soft-Air-Waffen: Erläuterungen zur rechtlichen und technischen Problemstellung

Beides will die GdP nicht. Daher engagiert sich die GdP so sehr, um das Problem dieser täuschend ähnlichen Nachbildungen scharfer Waffen zu lösen. Das einfachste wäre, derlei exakte Kopien scharfer Waffen zu verbieten.

Das ist – wie sich herausgestellt hat – rechtlich und tatsächlich nicht realistisch. Daher liegt der Schwerpunkt der GdP-Arbeit bei einem gesetzlichen Verbot des Führens in der Öffentlichkeit.

Die GdP befindet sich in intensiven Gesprächen mit dem Bundesinnenministerium, wo inzwischen die Dringlichkeit des Problems erkannt ist. Zudem sind aufgrund der GdP-Aktivitäten im politischen Raum (Bund und Länder) Stimmen laut geworden, die die GdP-Position stützen.

Zur rechtlichen Problematik:

Zu unterscheiden ist zwischen Nachbildungen von Faustfeuerwaffen (Revolver, Pistolen) und von Maschinenwaffen (Kriegswaffen). Zwar ist der so genannte „Anscheinsparagraph“ – § 37 WaffG alt – ersatzlos weggefallen, aber es ist nach wie vor eine Definition der gemeinten Waffen denkbar, die vom objektivierten Laien-Horizont ausgeht (Sicht

Das Thema Soft-Air-Waffen ist aufgrund der intensiven Arbeit der GdP inzwischen in Politik und Medien ange­langt (siehe hierzu DP 11/04 und 2/05). Das Thema wird durch zahlreiche weitere Vorfälle aktuell gehalten; die Liste wird fast täglich ergänzt. Zweierlei Sorgen bewegen die GdP:

- **Es kommt zu einem Schusswaffengebrauch, weil die Bedrohung durch eine Waffe (die sich später als Soft-Air-Imitation herausstellt) ernst genommen wird, und ein Mensch ist tot.**
- **Ein Kollege/eine Kollegin zögert mit dem Schusswaffengebrauch, weil die Möglichkeit, dass es sich um eine Nachbildung handeln kann, bekannt ist, das Gegenüber hat aber eine scharfe Waffe und schießt zuerst. Dann stirbt möglicherweise ein Polizist/eine Polizistin.**

eines Bedrohten mit laienhaften Kenntnissen in Bezug auf Waffen).

Bei Nachbildungen von Pistolen und Revolvern ist das Definitionsproblem deutlich schwieriger. Ein Totalverbot, also Besitzverbot, ist schon deshalb unrealistisch, weil es inzwischen millionenfach derlei „Waffen“ in Privatbesitz gibt. Wer will ein solches Besitzverbot, das sich dann auch auf den Altbesitz beziehen würde, wirksam durchsetzen? Im Übrigen steht einem Handelsverbot die Gewerbefreiheit entgegen, so lange der betreffende Gegenstand selbst nicht rechtlichen Beschränkungen unterliegt.

Diese Nachbildungen sind rechtlich keine Waffen, sondern Spielzeug, sofern die Bewegungsenergie unter 0,5 Joule liegt. Daher herrscht bislang die Meinung vor, dass eine Erfassung im Waffenrecht nicht möglich ist. Die GdP arbeitet an einem Vorschlag, die Definition, was eine Waffe ist, um derlei Nachbildungen zu erweitern, kann aber zurzeit nicht sagen, ob diese Lösung letztlich Bestand haben wird. Auf jeden Fall wären damit nur exakte Kopien von scharfen Waffen erfasst.

Genau da besteht das juristische Problem: Nach bisheriger herrschender Rechtsmeinung

reicht es aus, nur geringfügige Änderungen gegenüber dem Original vorzunehmen, um keine Kopie im juristischen Sinne mehr zu haben. Dafür würde es beispielsweise genügen, die Zahl der Griffrielen auf dem Verschlussstück einer Pistole gegenüber dem Original zu ändern – eine Abweichung, die selbst für Fachleute so unbedeutend ist, dass der Kopie dasselbe Bedrohungspotential innewohnt wie dem Original.

Auch Abweichungen von der Größe helfen letztlich nicht weiter. Natürlich ist ein Zündplättchen-Revolver für Kinder schon von der Größe her von einer Originalwaffe zu unterscheiden. Wenn der Original-Maßstab das rechtliche Kriterium würde, ab welcher Abweichung wäre dann ein Spielzeug optisch unterscheidbar? Ab 7/8 der Original-Größe, ab 6/8 der Größe?

Eine weitere Überlegung, die im Oktober 2002 in Bezug auf Gaspistolen bereits den Bundesrat beschäftigt hat, würde letztlich die Situation noch verschlimmern. Damals wurde vorgeschlagen, Gaspistolen nur noch farbig anbieten zu dürfen, damit sie sich von scharfen Waffen unterscheiden. Dann hätten – so die Begründung – Polizisten die Gewissheit, dass es sich „nur“ um eine Gaspistole und nicht um

eine scharfe Waffe handeln würde. Der Vorschlag, der jetzt wieder in Bezug auf Soft-Air-Waffen wiederholt wird, ist an Naivität nicht zu überbieten: abgesehen davon, dass es längst scharfe Pistolen in himmelblau gibt (z. B. Vector-Pistole, Kal. 9 mm x 19, aus Südafrika), ist es einfach, eine farbige Kopie einer scharfen Schusswaffe mittels Farbspray umzufärben; andererseits kann auch eine scharfe Waffe eingefärbt werden, um einen Polizisten arglistig zu täuschen.

Zurzeit erscheint eine gesetzliche Regelung zum Verbot des Führens einer Maschinenwaffen-Imitation am ehesten und somit am schnellsten durchsetzbar. Diese könnte analog zur Verordnung des Wirtschaftsministeriums in Bezug auf unbrauchbar gemachte Kriegswaffen geregelt werden; dort ist der Besitz dieser unbrauchbar gemachten Kriegswaffen erst ab 18 Jahren erlaubt, das Führen in der Öffentlichkeit ist bußgeldbewehrt.

Ein Verbot des Führens von Nachahmungen von Faustfeuerwaffen ist – wie geschildert – ungleich schwieriger zu erreichen, weil der Gegenstand, auf den sich das Verbot des Führens beziehen soll, juristisch und technisch exakt beschrieben werden muss. Eine nur ungefähre Definition würde ungewollte Folgen haben: Das Verbot des Führens von zweifelsfrei als Spielzeug gemeinter Zündplättchenrevolver oder -gewehre würde plötzlich auch für das Indianerspiel im Wald gelten.

Vor diesem Hintergrund erscheint ein Totalverbot der in Rede stehenden Nachbildungen zwar als prinzipiell wünschenswert, ist aber aus praktischen und juristischen Gründen nicht realisierbar.



Auf einer Pressekonferenz zum Thema Soft-Air-Waffen zeigt Oberkommissar Christian Hackbart eine Dienst-MPI-5 von Hecker & Koch und als Pendant das täuschend echt aussehende „Spielzeug“ – für Laien und auch erfahrene Polizisten im Ernstfall nicht zu unterscheiden.

Angesichts fast täglicher neuer Vorfälle ist Eile geboten. Daher versucht die GdP, dass am ehesten Erreichbare möglichst schnell umzusetzen, nämlich das Verbot des Führens in der Öffentlichkeit, auch wenn sich dies im ersten Schritt nur auf Maschinenwaffen bezieht. Um aber bei Nachbildungen von Faustfeuerwaffen wenigstens einen Schritt weiter zu kommen, sind noch andere Überlegungen im Gange, die unterhalb einer Bußgeldbewehrung liegen; diskutiert wird die Verpflichtung für den Handel, beim Verkauf auf die Gefährlichkeit beim Hantieren und sich dies vom Erwerber quittieren zu lassen (analog zu der Verpflichtung, beim Verkauf von Gaspistolen auf das Erfordernis des Kleinen Waffenscheins beim Führen in der Öffentlichkeit hinzuweisen).

Eine Möglichkeit jenseits rechtlicher Lösungen

Die einfachste Lösung des Problems wäre es zweifellos, wenn der Handel auf den Verkauf dieser Soft-Air-Imitate verzichten würde. Hergestellt werden diese „Waffen“ zum großen Teil in Fernost. Das Ganze ist ein

riesiges Geschäft. Soft-Air-Waffen, die hier für ca. 50 Euro angeboten werden (z. B. Nachbildung des Sturmgewehrs G 36 der Bundeswehr), kosten in der Her-

beachten sind. Maßgeblich für die Situation in Deutschland sind also nicht die Hersteller, sondern die Importeure und der Groß- und Einzelhandel.

Wenn schon inzwischen ein hohes Maß an Aufmerksamkeit in Politik, Medien und Öffentlichkeit gegeben ist, wäre es ein Erfolg, wenn eine öffentliche Ächtung dieses Geschäfts erreicht werden könnte. Es kann sich niemand damit herausreden, von den lebensgefährlichen Risiken, die mit dem Hantieren mit solchen „Waffen“ in der Öffentlichkeit verbunden sind, nichts gewusst zu haben. Hier wird also zumindest billigend in Kauf genommen, dass Menschen zu Schaden kommen.

Ein entsprechender Appell – vielleicht verbunden mit einem Aufruf zur Vernichtung bzw. Abgabe – könnte die gesetzgeberischen Überlegungen unterstützen und ergänzen.

W. D.



„Spielzeug“ mit Zubehör – Die einer echten Waffe täuschend ähnlich aussehende wird im Internet als „Spielzeug für draußen“ angepriesen. Übrigens können auch die mitgelieferten kleinen Plastik Kügelchen zur Gefahr werden.

Fotos: Quelle Polizei

stellung rund 50 Cents (!). Den Herstellern ist es also völlig egal, wie die Rechtslage in den einzelnen Ländern aussieht. Die Schachteln tragen in aller Regel den wenig auffälligen Aufdruck, dass die rechtlichen Bestimmungen des betreffenden Landes zu

Start in die Motorradsaison

**Die ersten Strahlen der Frühlingssonne wecken wie jedes Jahr diese krankheitsähnlichen Symptome in dir: Es juckt in den Fingern, die Plane unter der das Objekt der Begierde eingewintert wurde, wird schon mal ein wenig gelupft, ein verklärter Blick streicht über Metall, Lack und Gummi. Beim Autofahren wird sogar in den Kurven des Stadtverkehrs nach der Ideallinie gesucht, kurz: der Motorradbazillus hat seine volle Kraft entwickelt und du bist ihm wie in jedem Jahr wieder einmal hilflos ausgeliefert!
Vorbereitende Maßnahmen? Na klar!**

Die Maschine

Die Maschine wird nach der monatelangen Standzeit gründlich durchgecheckt.

Motorölstand und Kühlflüssigkeitsstand prüfen, ein Blick auf die Ausgleichsbehälter für die Bremsflüssigkeit. Ist sie hell und klar oder tendiert die Farbe in Richtung braun? Spätestens dann ist der Wechsel

Zum Autor:

Michael Szymanowski, 48 Jahre alt, Polizeibeamter bei der Bereitschaftspolizei Braunschweig in Niedersachsen. M. Szymanowski hat selber jahrelang Motorradsicherheitstrainings durchgeführt. Seine bisher größte Tour machte er mit einem selbstgebauten Gespann durch die Outbreaks Australiens.

fällig. Die meisten Hersteller empfehlen oder schreiben einen Wechsel alle zwei Jahre vor. Einmal bei der Bremsanlage ist auch der Blick auf die Stärke der Bremsbeläge angezeigt. In den meisten Fällen kann hierzu die Kunststoffabdeckung der Bremsattel leicht abgehoben werden. Die in die Beläge eingefrästen Nuten geben den Hinweis auf den Verschleiß. Sind sie nicht mehr sichtbar, ist ein Austausch fällig.

Hat die Batterie im Fahrzeug überwintert, empfiehlt es sich, sie mit einem geeigneten Ladegerät aufzufrischen und nach dem Ladevorgang und einer kurzen Ruhezeit eventuell fehlende Flüssigkeit mit demineralisiertem Wasser (umgangssprachlich destilliertes Wasser) bis zur oberen Markierung aufzufüllen. Nach eigenen Erfahrungen rentiert sich zur Überwinterung der Batterie die Anschaffung eines automatischen Ladegerätes, das die Batterie in gewissen Zyklen innerhalb eines bestimmten Rahmens selbständig teilentlädt und auflädt. Einmal angeschlossen, hat man über die Winterzeit Ruhe und muss sich zum Saisonstart nicht mit einer tiefentladenen oder gar zerstörten Batterie befassen.

Nächster Checkpunkt sind, falls vorhanden, die Vergaser. Wurden die Schwimmerkammern über den Winter nicht abgelassen, haben sich sehr wahrscheinlich die leicht flüchtigen Stoffe des Benzins in Luft aufgelöst, mit der Folge, dass Nadelventile und Düsen möglicherweise verklebt und dicht sind, so dass im ungünstigsten Fall der Motor nicht mehr anspringt. Liegt der Fall so, ist ein Transport zur Werkstatt oft unvermeidlich.

Ebenso sollten Rad-, Lenk- und Schwingelager kurz geprüft werden und last but not least empfiehlt sich ein Check der Bereifung. > Seite 27

VERKEHRSSICHERHEIT

Dies umfasst die Kontrolle des Luftdrucks, der Profiltiefe und die Prüfung auf etwaige Risse in den Reifenflanken oder in den Profilrillen. Reifen unterliegen auch Alterungsprozessen. Sie härten über die Zeit aus und verlieren erheblich an ihrer Haftfähigkeit. Um hier auf der sicheren Seite zu sein, sollten sie daher nach meinen Erfahrungen nicht länger als 4 Jahre aufgezo-gen sein. Das Reifenalter kann auf der Reifenflanke im Bereich der DOT-Nummer abgelesen werden. Es handelt sich um eine vierstellige Zahl, deren ersten beiden Ziffern die Herstellungs-woche und die letzten beiden das Herstellungsjahr angeben.

Ein letzter Blick gilt den ver-bauten Bowdenzügen und deren Funktionsfähigkeit und wenn al-les in Ordnung ist, kann es aus technischer Sicht losgehen.

Reaktion und Fahrtechnik trainieren

Damit komme ich zur oberen Hälfte des Motorrads:

Schließlich ist er da, der perfekte Tag für die erste Saisonaus-fahrt. Kann mir mal jemand er-klären wieso so ein unbenutzer Kombi über den Winter immer einläuft und das bei fachgerechter Lagerung? Egal. Es wird schon!

Allen Erfahrungen zum Trotz sind Reaktion und Fahr-technik noch nicht wieder so perfekt wie zum Ende der letzten Saison, daher gilt es, sich zunächst langsam an das alte Fahrgefühl heranzutasten.

Die Hausstrecke sollte nicht gleich für die erste Ausfahrt ge-wählt werden weil hier die Ge-fahr besteht, dass man es wegen der guten Streckenkenntnis ein wenig zu forsch angehen lässt. Darum zum Eingewöhnen bes-ser eine weniger bekannte Stre-cke wählen.

Wichtig ist, sich die alten Er-fahrungen und Reaktionen wieder Schritt für Schritt anzu-eigen:

Los geht es mit dem Lesen der Fahrbahn, der Blickführung, der Wahl der richtigen Kurven-technik, dem richtigen Bremsen und der Verwendung der Lenk-impulstechnik.

Um dies alles wieder zu ent-wickeln, eignen sich vor allem Sicherheitstrainings. Angebote hierzu gibt es mittlerweile von verschiedensten Anbietern in



Hülle und Fülle. Das Angebot reicht vom eintägigen Sicher-heitstraining auf Übungsplätzen bis zu mehrtägigen Veranstaltun-gen für die Sparten Trial, Enduro, Cross und Rennstreckentraining, wobei ich hier gerade für den Saisonstart eine echte Empfeh-

stellenweise noch Raureif für ge-fährliche Glätte sorgen. Darüber hinaus ergeben sich Gefahren-momente durch vom winterli-chen Streudienst liegen-gebliebener Rollsplitt und unver-mutete Fahr-bahnschäden wie Frostaufbrüche. Das gilt auch für ausgebesserte Fahrbahnstellen und Fahrbahnmarkierungen. Ge-rade diese bergen bei Nässe Rutschgefahr.

Zeit der Gewöhnung

Und dann sind da noch die anderen Verkehrsteilnehmer. Leider gehen immer noch mehr als 2/3 aller Kollisionen zwischen Autos und Motorrädern auf das

„Gas geben kann jeder, Motorrad fahren ist was anderes“

lung für die eintägigen Sicher-heitstrainings aussprechen möchte. Auch mit meiner lang-jährigen Motorraderfahrung nehme ich immer mal wieder an solchen Veranstaltungen teil – getreu dem Motto: Gas geben kann jeder, Motorrad fahren ist was anderes.

Zu den Eingewöhnungs-schwerpunkten kommen gerade in den ersten Wochen zusätzliche Gefahren. So mag es tagsüber bereits einigermaßen warm sein, jedoch kann in den Abend-stunden oder am frühen Morgen

Konto der Autofahrer. Gerade zum Saisonbeginn müssen sie sich wieder auf die Anwesenheit von uns Motorradfahrerinnen und Motorradfahrern einstellen. Darum ist es gerade jetzt wich-tig, für die anderen Verkehrsteil-nehmer mitzudenken und sie wieder an uns zu gewöhnen.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen einen guten Start in die Saison und ich bin sicher, dass sich der Kombi bis zum Beginn der Badesaison wieder geweitet hat! **Michael Szymanowski**

HÄUSLICHE GEWALT

Kriminologische Studienwoche

Das Institut für Kriminologi-sche Sozialforschung der Univer-sität Hamburg veranstaltet vom 12. bis 16. September 2005 eine Kontaktstudienwoche (berufsbegleitende, wissenschaftliche Wei-terbildung) zum Thema: „Häus-liche Gewalt – Partnerschaft im Fokus von Wissenschaft und Praxis“.

Die aktuelle repräsentative Untersuchung „Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (s. DP 2/05, S. 19 ff., die Red.) ergab u. a., dass ca. 25% der in Deutsch-land lebenden Frauen Gewalt durch den derzeitigen oder ehe-maligen Lebenspartner erlebt haben. Ob und wie viele Männer Gewalt durch aktuelle oder frü-here BeziehungspartnerInnen erfahren haben, kann derzeit aufgrund einer Pilotstudie le-diglich vermutet werden.

Im Mittelpunkt der Studien-woche stehen die Ergebnisse der Studien, die Evaluation des Ge-waltschutzgesetzes, die Inter-ventionsprojekte und darüber hinaus die landesspezifischen Vorgehensweisen, Erfahrungen und Evaluationen aus den nördlichen Bundesländern (Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein). Zudem sol-len der Erfahrungs- und Infor-mationsaustausch all derer un-terstützt werden, die mit der The-matik in Berührung kommen und neue bzw. weitergehende Konzepte im Umgang mit „Häuslicher Gewalt“ diskutiert werden.

Bewerbungsschluss: 15. Juli 2005
Teilnahmegebühr: 248 Euro
Weitere Informationen: Bettina Paul, Universität Hamburg, Ins-titut für Kriminologische Sozial-forschung,
Tel.: 040-42838-3329;
Fax: 040-42838-2328
E-Mail:
bettina.paul@uni-hamburg.de
<http://www.rrz.uni-hamburg.de/kriminol/Fkstk.html>

Einführung des Digitalfunks – ökonomische Aspekte

Die Studie setzt an der Stelle an, an der sich die Geister bislang scheiden – an den Kosten.

Vier Aspekte werden besonders hervorgehoben:

1. Zur späteren Bewertung der Angebote können nur die Kriterien dienen, die in den Vergabeunterlagen explizit genannt werden. Auch wenn die Zeit drängt, dürfen Auswahlkriterien nicht voreilig festgelegt werden: Schnellschüsse können weitreichende negative Konsequenzen haben.

2. Das Projekt muss ganzheitlich betrachtet werden. In bereits veröffentlichten Studien und im Abschlussbericht der Expertengruppe von Bund und Ländern (Gruppe Anforderungen an das Netz-GAN) sind beispielsweise Leitstellen und Endgeräte und die damit einhergehenden Kosten nicht berücksichtigt. Die WHU-Studie zeigt, dass durch letztere Kostenposition zusätzliche Kosten in Höhe des 0,25fachen bis hin zum 1,5fachen der im Abschlussbericht der GAN veranschlagten 3,06 Mrd. des Gesamtprojektes entstehen können.

3. Auch die Ausgestaltung der Eigentumsverhältnisse an Netz und Netzbetreibergesellschaft und damit einhergehend unterschiedliche Organisationsformen sind wichtige Kostentreiber. Hier wird insbesondere darauf verwiesen, dass eine mögliche Aufteilung des Gesamtprojektes aufgrund der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland zu erheblich höheren Kosten führen kann als eine Gesamtausschreibung. Ein deutlich höherer Koordinationsbedarf kann hierfür ebenso als Grund genannt werden, wie negative Synergien zum Beispiel beim Zusammenwirken der Teilnetze.

4. Die Studie hält fest, dass unterschiedliche Zeitpunkte der Kostenentstehung berücksichtigt und entsprechend bewertet werden müssen, da für diese verschieden hohe Finanzierungs-

An der Wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung (WHU) in Vallendar präsentierte Anfang März 2005 Prof. Dr. Jürgen Weber, Inhaber des Lehrstuhls für Controlling & Telekommunikation, die Ergebnisse der Studie „Ökonomische Aspekte der Einführung des Digitalfunks BOS in Deutschland“ vor Politik, Wirtschaft und Medien.

kosten entstehen. Sie zeigt dabei auch, dass die zeitliche Gestaltung der Zahlungen erheblich beeinflusst werden kann.

Nach Weber dürfe aus finanztaktischen Gründen nicht zugunsten einer vorhandenen Technologie entschieden werden, ohne vorher zu prüfen, ob diese Alternative tatsächlich den geforderten Ansprüchen genügt und die kostengünstigste ist.

GdP-Sicht

Zu Beginn der Veranstaltung hatte die GdP Gelegenheit, den Anwesenden die Standpunkte aus Sicht der Polizei als Nutzergruppe des Digitalfunks BOS darzulegen. Demnach steht fest, dass schon seit Mitte der 90er Jahre über die Einführung eines modernen digitalen Sprach- und Datenfunknetzes für die deutschen Sicherheitsbehörden diskutiert wird. Zuletzt wirkte die immer noch offene Frage der Kostenverteilung zwischen Bund und Länder als Hemmschuh für eine zügige Umsetzung des Vorhabens. Viel zu wenig berücksichtigt wird bei der Finanzierungsfrage, dass die Kosten für den analogen Funk (Betrieb, Wartung, Ersatzbeschaffung usw.) in den nächsten Jahren die Kosten für den Betrieb digitaler Funksysteme erheblich überschreiten werden: Für den Weiterbetrieb des analogen Funksystems wurden für den Zeitraum von 2006 bis 2015 durch die ZED Gesamtkosten von 5.372 Mio. EUR kalkuliert, wobei davon ausgegan-

gen wurde, dass die bestehende Infrastruktur bis 2015 komplett ausgetauscht werden müsste.

Wegen der dezentralen Struktur des Analogfunks und der Verteilung auf eine Vielzahl von Haushalten und Titeln waren die der ZED übermittelten Daten jedoch nicht vollständig. Vorhandene Lücken wurden daher durch Hochrechnungen und Vergleiche vervollständigt.

Bei den im GAN-Papier genannten Kosten von rd. 3 Mrd. Euro für ein digitales Funknetz gilt es zu berücksichtigen, dass diese Kosten für den Netzaufbau und Betrieb über eine Laufzeit von 10 Jahren errechnet wurden. Nicht enthalten sind jedoch die Kosten für die Endgeräte und die Leitstellenanbindung.

Standort-Thema für die Wirtschaft

Nach Dr. Carsten Kreklau, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes der deutschen Industrie e.V. (BDI) handele es sich bei dem Großprojekt „Digitalfunk für die BOS Deutschland“ um ein industriepolitisches und Standort bezogenes Thema erster Güte. Vordringliches Ziel müsse es sein, dass die Einführung des Digitalfunks für die BOS „Sicherheit“ gewährleisten soll: zum einen öffentliche Sicherheit, denn öffentliche Sicherheit sei zunehmend ein wichtiger Standortfaktor, den der Einzelhandel, aber auch die Wirtschaft und die Industrie insgesamt ihren

Investitionsentscheidungen zugrunde legen.

Zum anderen beinhalte Sicherheit als Standortfaktor auch die Planungs- und Rechtssicherheit für die Wirtschaft. Und in diesem Bereich sei das bisherige Verfahren zur Einführung des Digitalfunks für die BOS aus der Sicht des BDI nicht gerade ein Vorzeigeprojekt. Der BDI sei Anfang Februar positiv von dem Engagement des Bundesinnenministers überrascht und beeindruckt gewesen. Nachdem man die konkreten Vorschläge dann aber erfahren habe, sei sehr schnelle Ernüchterung eingetreten, da die Initiative des Bundesinnenministers viele Fragen offen lasse.

Wenige Tage später erklärte Bundesinnenminister Schily gegenüber dem Sport-Informations-Dienst (sid), er wolle der deutschen Polizei pünktlich zur WM 2006 im eigenen Land modernste Technik zur Verfügung stellen. Auf dem Weg zur optimalen Sicherheit sollen Funkgeräte mit Digital-Technologie zum Einsatz kommen. Dies gelte zumindest für die ausgewählten Ballungsräume und damit für die Umgebung von WM-Austragungsorten. Er setze auf die Kooperation der Länder, ihren Anteil dazu beizutragen. Es wäre ein Unding, unsere Kräfte nicht so auszurüsten, wie es in Holland oder Finnland bereits Standard sei. Die Bundesregierung habe die Weichen gestellt, um die Blockade dieses Themas aufzulösen. Der Bund werde mit der Errichtung eines Rumpfnetzes 50 Prozent der Fläche eines jeden Bundeslandes abdecken. Die zweite Hälfte müssten die Bundesländer übernehmen. Er erklärte: „Wir weisen den Weg aus der Sackgasse. Damit tun wir etwas für die Sicherheit, für den Sport und für die Wirtschaft“.

An anderer Stelle erklärte er, dass die Präferenz des Bundes auf einem eigenen Netz liegen werde. Dazu werde es eine technikoffene Ausschreibung geben. Ein System, bei dem der Bund nur draufsetze, sei aber unwahrscheinlich.

HMue

Auf ein Wort

*Liebe Seniorinnen,
liebe Senioren,*

so ist das, wenn man ein Amt auf Bundesebene hat: Man hat nicht oft die Gelegenheit, euch „vor Ort“ anzusprechen, mit euch zu diskutieren oder Anregungen entgegenzunehmen. Von daher bietet mir unser Seniorenjournal alle zwei Monate ein Forum, über unsere Aktivitäten und Initiativen zu berichten bzw. zu informieren;

aber auch Themen aufzugreifen, die uns Senioren interessieren und betreffen.

Es hat mich daher sehr gefreut, dass die Artikel über die Entwicklung eines „Aktivprogramms Senioren“ und die Gastbeiträge „Was heißt hier alt?“ sowie „Die Chance der 60plus-Generation“ in den letzten Ausgaben ein so positives Echo gefunden haben. Die vielen zustimmenden Zuschriften und Leserbriefe belegen dies. Sie liefern uns den Beweis, dass wir mit unseren Ideen und Aktionen auf dem richtigen Weg sind. Kritische Zuschriften mit konstruktiven Vorschlägen sind für die Verfasser des Seniorenjournals stets eine willkommene Anregung, die auch ernst genommen wird, um das eine oder andere nochmals zu überdenken. Das Informations- und Kommunikationsverhalten einer Gewerkschaft muss sich nämlich an den Erwartungen und Wünschen der Mitglieder orientieren. Nur wer gut informiert ist, kann gewerkschaftliche Aktivitäten nachvollziehen, oder sich auch gegebenenfalls daran beteiligen. Nur durch gegenseitigen Informationsaustausch und mit entsprechenden Aktivitäten können wir etwas bewegen und erreichen. Besonders in einer Zeit der Kürzungen und Einsparungen, der

zunehmenden Anzahl der Senioren wird dies dringend erforderlich sein. Es wird nicht mehr genügen, auf Delegiertentagen und Konferenzen die Lage zu erörtern und sich zu empören. Wir werden verstärkt handeln müssen, um auf unsere Probleme aufmerksam zu machen.

Hierzu ist jeder von uns aufgegrufen und aufgefordert!

Leben im Alter – Zukunft der Seniorenarbeit

„Werden wir eine Republik der Alten?“ Diese Frage wird eindeutig beantwortet durch Faktoren wie die demografische Entwicklung. Das führt zu vorhersehbaren Veränderungen in unserer Gesellschaft, und zwar in einer gar nicht mehr so fernen Zeit. Die Bundesrepublik Deutschland wird in absehbarer Zukunft zu einem großen Teil von älteren Bürgerinnen und

„ **Es wird nicht mehr genügen, auf Delegiertentagen und Konferenzen die Lage zu erörtern und sich zu empören. Wir werden verstärkt handeln müssen, um auf unsere Probleme aufmerksam zu machen.** “

Bürgern bevölkert werden. Diese, von manchen als dramatisch, wenn nicht gar als bedrohlich, empfundene Entwicklung stellt uns heute und morgen vor immense Probleme. Dem gegenüber erscheinen uns Themen wie Gesundheitsfürsorge für die älteren Menschen und Pflegeversicherung, eine sinnvolle Lebensgestaltung im Seniorenalter und Formen der aktiven Beteiligung älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben als die weitaus geringeren Probleme.

Eine viel schwerer zu lösende Aufgabe ist die Entwicklung von

Formen solidarischen Miteinanders und Füreinanders von Jungen und Alten. Seniorenarbeit in den Verbänden und Organisationen darf kein Selbstzweck sein. Natürlich geht es um die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Älteren in unserer Gesellschaft, um Teilhabe an den politischen Entscheidungsprozessen. Es geht auch um die Verhinderung von Altersdiskriminierung. Darüber hinaus sollten sich alle – das gilt auch für unsere Gewerkschaft der Polizei – künftig viel stärker mit Themen beschäftigen, die für die Zusammenarbeit zwischen Jung und Alt wichtig sind. Es muss deutlich werden, dass damit der so genannte Generationskonflikt aufgelöst werden kann. Für uns, die Seniorengruppe der GdP, ist dies nicht nur ein Lippenbekenntnis, sondern auch eine Verpflichtung.

Ich glaube, dass wir – JUNGE GRUPPE und SENIORENGRUPPE – mit unserem gemeinsam erarbeiteten Zukunftspapier „Dialog der Generationen“ auf dem richtigen Weg sind. Dieses Papier muss aber nun auch in der Praxis umgesetzt werden. Hier sind nicht nur die Vorstände der beiden Personengruppen gefordert, sondern alle Mitglieder aufgerufen, sich aktiv daran zu beteiligen.

Vor diesem Hintergrund bereitet es mir schon Sorge, wenn wir in letzter Zeit immer häufiger mit der Frage konfrontiert werden „Was tut ihr denn?“ anstatt „Wo kann ich mitmachen, wo kann ich mich einbringen?“ Auch eine Gewerkschaft braucht Menschen, die nicht nur fragen, was sie für sich selbst tun können, sondern auch danach, was für die Gemeinschaft wichtig ist und was sie für andere tun kön-

nen. Auch ist es immer leichter, zu kritisieren, als sich für eine gemeinsame Sache zu engagieren.

Wir müssen uns überall da, wo es möglich ist, in die Diskussion einschalten, uns zu Wort melden. Wir müssen die handelnden Politiker ständig mahnen und an ihre Verpflichtung erinnern, dafür zu sorgen, dass die Solidarität zwischen den Generationen dauerhafte Grundlage unserer Sozialsysteme sein muss.

Es geht aber auch um die Frage: Wie kann eine auf Zukunft gerichtete Politik gegenüber der Generation der „Enkel-Gerechtigkeit“ walten lassen, damit ihnen nicht um des Generationenvertrages willen unerträgliche Lasten aufgebürdet werden? Ich meine, wir müssen auch sehen, dass der Sozialstaat erneuert werden muss, wenn wir ihn für

„ **Auch eine Gewerkschaft braucht Menschen, die nicht nur fragen, was sie für sich selbst tun können, sondern auch danach, was für die Gemeinschaft wichtig ist und was sie für andere tun können. Auch ist es immer leichter, zu kritisieren, als sich für eine gemeinsame Sache zu engagieren.** “

die nachfolgenden Generationen erhalten wollen. Allerdings müssen unsere Politiker endlich begreifen, dass man bei Reformen die Menschen auf diesem Weg mitnehmen, vor allem einbezie-

„ **... künftig viel stärker mit Themen beschäftigen, die für die Zusammenarbeit zwischen Jung und Alt wichtig sind. Es muss deutlich werden, dass damit der so genannte Generationskonflikt aufgelöst werden kann.** “

hen, muss. Die Ängste der Menschen müssen ernst genommen werden.

„Wie gestalte ich meinen dritten Lebensabschnitt?“, fragen sich viele Kolleginnen und Kollegen vor ihrem Ausscheiden aus dem Berufsleben. Hier kann ich nur empfehlen, sich rechtzeitig mit dieser Frage zu befassen und sich auf diese Phase vorzubereiten, denn wir brauchen Konzepte und Orientierung für eine Gestaltung der Lebensphase nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst.

Von daher meine Bitte an die Neu(Jung)-Pensionäre: Informiert euch über das Seniorenangebot der GdP vor Ort, das speziell auf eure Bedürfnisse und Interessen zugeschnitten ist. So kann man sich zum Beispiel mit Partner oder Partnerin auf den Ruhestand vorbereiten und auf Informationsveranstaltungen die

„... unsere Politiker endlich begreifen, dass man bei Reformen die Menschen auf diesem Weg mitnehmen, vor allem einbeziehen, muss. Die Ängste der Menschen müssen ernst genommen werden.“

notwendigen Kenntnisse über Versorgungsrecht und Beihilferegeln erwerben. Auch die Geselligkeit kommt nicht zu kurz.

Ich möchte mich bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken, sie sich mit großem Engagement für die Belange unserer Senioren einsetzen, Informationsveranstaltungen durchführen und entscheidend mit dazu beitragen, dass die Mitglieder nach ihrem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst bei „ihrer Gewerkschaft der Polizei“ nicht vergessen sind.

Bis zur nächsten Ausgabe euer

Heinz Blatt, Vorsitzender der Seniorengruppe

Nicht nur Jugend, auch Senioren brauchen Zukunft!

Die jüngste Mitgliederversammlung der Fachgruppe Senioren in der Kantine des Hamburger Polizeipräsidiums war gut besucht. Der Bundesvorsitzende der GdP-Senioren, Heinz Blatt, war angereist, um über aktuelle Seniorentemen zu informieren.

Heinz Blatt verstand es, die Senioren mit dem Thema während der gesamten Versammlung zu fesseln und sprach allen aus dem Herzen, die sich mit der aktuellen sozialen und politischen Entwicklung beschäftigen: Er stellte den Prozess und Katalog von Unverschämtheiten und Frechheiten aus Wirtschaft und Politik in Bund und Ländern deutlich und unverblümt dar.

Die demographische Entwicklung ist natürlich eins der Hauptfelder, die Veränderungen erforderlich machen. Die Menschen dürfen aber nicht in die Armut gestürzt und keine zusätzlichen sozialen Probleme verursacht werden. Am 31.12.2003 hatte Deutschland 83 Millionen Einwohner, davon waren 17 Millionen Menschen über 60 Jahre alt, d. h., jeder fünfte Bürger war über 60. Im Jahr 2010 wird es jeder vierte und 2040 wird es jeder dritte Bürger sein. Der Anteil der Senioren steigt deutlich.

Und deshalb betonte der Bundesvorsitzende: „Nicht nur die Jugend, auch die Senioren brauchen eine Zukunft!“

Wenn der zweifellos schwierige Balanceakt eines gerechten Ausgleichs zwischen Jung und Alt, Arm und Reich, sowie Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen zugunsten einer Kahlschlagpolitik aufgegeben wird, dann drohen der Gesellschaft auch ernsthafte zwischenmenschliche Probleme, nämlich Egoismus, Missgunst, und Neid anstatt zu teilen, zu helfen und miteinander zu gestalten. Von daher sollten wir den so genannten Modernisierern die selbst immer auf der sicheren Seite ste-

hen, das Feld nicht kampflos überlassen.

Alle brauchen wir Gewerkschaften – genauso wie wir Senioren – heute und morgen.

Heinz Blatt formulierte angesichts der Ungerechtigkeiten: „Gier gefährdet das Gemeinwohl!“

Während Arbeitnehmer und Rentner zunehmend belastet werden, kann wohl niemand einleuchtend darlegen, dass es richtig sein soll, wenn die Herren Ackermann und Schrempp je 10 Millionen Euro im Jahr bekommen, dem frü-

reicherung ausgebreitet. Aber Unmoral kollidiert ja nicht mit dem Strafgesetzbuch!“

Heinz Blatt ging auch auf aktuelle Äußerungen aus der Politik ein. So zeichnet sich Otto Schily u. a. durch folgende Äußerung aus:

„Die Versorgungsempfänger bekommen ja nicht weniger, sie bekommen ja nur weniger hinzu! Es ist lediglich eine Abflachung der Anhebung!“ Der Gedanke liegt nahe zu fragen, wann Otto Schily zum letzten Mal Kartoffeln und Brot eingekauft hat und sich



Höchste Aufmerksamkeit beim Vortrag im Hamburger Polizeipräsidium

Foto: J. Lamp

heren Mannesmann-Chef Esser für seinen Handel mit Vodafone ungestraft 30 Millionen Euro in die Hand gedrückt werden dürfen, die Deutsche Bank Millionen Gewinne erwirtschaftet, aber über 6.000 Stellen einsparen will, Langzeitarbeitslose aber 2.000 Euro mühsam Ersparnis erst einmal verbrauchen müssen, bevor sie das Arbeitslosengeld II erhalten.

Hier geht es nicht um Neid, sondern es geht darum, was der frühere Chef der Westdeutschen Landesbank Ludwig Poullain vor kurzem beklagt hat:

„Redlichkeit, moralische Prinzipien, Ethik, Anstand, Treuhänderschaft, die Bereitschaft zum Dienst an der Gesellschaft, am Staat, an der Wirtschaft, seien bei vielen verloren gegangen, die sich gern zu Elite zählen. Stattdessen hätten sich Instinklosigkeit, Unanständigkeit und die Gier zur Be-

über Mieterhöhungen Gedanken machen musste.“

Vor etlichen Jahren wurde man belächelt, wenn man sich für ein Beschäftigungsverhältnis im Öffentlichen Dienst entschieden hat, weil die Bezahlung insgesamt unter dem gesamten Durchschnitt lag. Heute gilt man als Ruhestandsbeamter als „fetter Pensionär“. So verändern sich Anschauungen. So wird auch die Bevölkerung ent-solidarisiert.

Der Ankündigung von Heinz Blatt für 2006, nicht wieder als Bundesvorsitzender der Senioren antreten zu wollen, wurde von allen Teilnehmern heftig widersprochen. Dazu Hans-Herrmann Fritsche: „Lieber Heinz, wir lassen dich noch lange nicht gehen. Mach bitte weiter!“

Jürgen Lamp, Geschäftsführer GdP Hamburg



Urteile

Beamtenrecht: **Im Zeugnis darf es auch schon mal „salopp“ zugehen**

Aus dem Betrieb ausscheidende Arbeitnehmer müssen von ihrem Arbeitgeber in einem qualifizierten Zeugnis „wohlwollend“ beurteilt werden, um beim Suchen nach einer neuen Stelle nicht behindert zu werden. Dieser Grundsatz gilt nicht bei dienstlichen Beurteilungen von Beamten. Hier hat das Wohlwollen „hinter der Pflicht zur Wahrheit zurückzutreten“, weil es hier darum geht, Beamte in Leistung und Eignung miteinander zu vergleichen. Staatsdiener müssen dabei auch einzelne „unangemessene, saloppe, ungeschickte oder missglückte Formulierungen“ hinnehmen, nicht aber ehrenrührige Aussagen.

Oberverwaltungsgericht des Saarlandes, 1 Q 71/04

W. B.



Kündigung: **Bis zum letzten Tag darf gearbeitet werden**

Ist einem Arbeitnehmer gekündigt worden, so hat er Anspruch darauf, bis zum Ende des Arbeitsverhältnisses weiterbeschäftigt zu werden. Der Arbeitgeber dürfte ihn nur dann freistellen, wenn „verbotene Handlungen in der Firma“ durch den Gekündigten zu befürchten sind.

Arbeitsgericht Frankfurt am Main, 9 Ga 14/05

W. B.



Krankengeld: **500 Meter Fußweg müssen schon möglich sein**

Kann eine (hier: 52jährige) Frau nach einer Kniescheibenfraktur eine 500 Meter lange Gehstrecke nicht mehr bewältigen und besitzt sie keinen Pkw, so muss ihr ihre Krankenkasse weiterhin Krankengeld zahlen, weil sie nach der Zeit der Arbeitsunfähigkeit nicht in der Lage ist, ihre Arbeitsstelle zu er-

reichen. Die Kasse kann nicht argumentieren, sie wäre wieder „arbeitsfähig“ - dazu gehört auch das „gesundheitliche Vermögen, Wege zwischen Arbeitsplatz und Wohnung zurücklegen zu können“, so das Sozialgericht Dortmund.

AZ: S 13 KR 211/02

W. B.



Unfallversicherung: **Obduktion darf nicht verlangt – aber berücksichtigt werden**

Stirbt der Bezieher einer Rente, die er wegen einer anerkannten Berufskrankheit bezogen hat, so kann seinen Hinterbliebenen Witwen- und Waisenrente zustehen, wenn zu vermuten ist, dass die Berufskrankheit zum Tod geführt hat. Die Berufsgenossenschaft darf nicht verlangen, dass beim Verstorbenen eine Obduktion zur Feststellung des Zusammenhangs durchgeführt wird. Wurde der Tote jedoch obduziert (hier auf Veranlassung seiner Ehefrau), so darf das Ergebnis von der Berufsgenossenschaft berücksichtigt werden (was hier zur Ablehnung der Hinterbliebenenrenten führte).

Bundessozialgericht, B 2 U 3/04 R

W. B.



Gewerkschaftsrecht: **In Staatsgebäuden gibt es keine Unterschriftenaktionen**

Eine Polizeigewerkschaft hat nicht das Recht, Unterschriftenlisten in Dienstgebäuden der Polizei auszulegen, in denen das Publikum dazu aufgefordert wird, eine Vermehrung der Planstellen für Polizeibeamte zu unterstützen. Weil die „Besucher“ der Dienststelle den Eindruck erhalten könnten, mit der Unterschrift den Beamten einen Gefallen zu tun (so dass auch die Behandlung ihres Anliegens ungeschwellig beeinflusst wird), widerspricht die Aktion in einem staatlichen Dienstgebäude dem „bestimmungsgemäßen Gebrauch“.

Bundesarbeitsgericht, 1 AZR 657/03

W. B.



Controlling in der Polizei

Führungskräfte und Sachbearbeiter der Polizei werden zunehmend mit Themen und Begriffen konfrontiert, die zumindest Grundkenntnisse betriebswirtschaftlicher Zusammenhänge erfordern. Das Buch erleichtert die schnelle und zielsichere Anwendung der benötigten betriebswirtschaftlichen Grundlagen und gibt einen umfassenden Überblick über die Controllingkonzepte und ihre Anwendung auf die Polizei. Ein Ausblick auf die Perspektiven einer wirkungsorientierten Steuerung in der Polizei sowie ein Glossar runden den Band ab.

Controlling in der Polizei – Leitfaden für ein wirkungsorientiertes Management, Dr. Jochen Christe-Zeyse, Richard Boorberg Verlag 2004, 164 S., 22 Euro, ISBN 3-415-03272-8

Olympiastadion Berlin

Erinnern Sie sich an das „Nebenspiel“ Hertha BSC Berlin gegen Barcelona im Olympiastadion Berlin? Oder an den Supersportler Jesse Owens, den Auftritt der Rolling Stones oder den Besuch des Papstes, vielleicht sogar an die „Schuppo-Olympiade“ in dem berühmten Sporttempel? Das neue Buch „Olympiastadion Berlin. Menschen und Geschichten über die große Runde“ bietet spannende Informationen und emotionale Hintergrundberichte rund um das frisch sanierte Bauwerk. Z. B. erzählen Herthas Torschützenkönig Michael Preetz, Sportmoderator Johannes B. Kerner, Hochspringerin Rosemarie Ackermann, Popstar Ben, RBB-Sportchef Jochen Sprentzel und viele andere mehr, welche Momente sie in der „großen Runde“ erlebt haben. So entsteht auf 136 Seiten ein faszinierender Ge-

samteindruck von Gegenwart und Vergangenheit des Olympiastadions Berlin.

Olympiastadion Berlin. Menschen und Geschichten über die große Runde, Herausgeber Olympiastadion Berlin GmbH. Verlag und Vertrieb: Zeitgeist Media GmbH, Düsseldorf. Konzept/Realisation: medienfabrik Gütersloh GmbH. 136 Seiten, rund 300 Abbildungen, 24,95 Euro, ISBN 3-926224-49-5

Neuer Ratgeber hilft bei Rentenberechnung

Sicher ist zwar, dass jeder eine Rente erhält, der die Voraussetzungen zur Leistung erfüllt. Aber wie hoch wird der Betrag wirklich sein? Und was können Rentner von morgen tun, um zu verhindern, dass sich Versorgungslücken auftun? Allen, die in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert sind, bietet der Ratgeber „Meine Rente“ Unterstützung beim persönlichen Rentencheck.

Das Buch, das die Rentenexperten der Verbraucherzentralen in Zusammenarbeit mit der Fernsehredaktion ARD-Ratgeber Geld erarbeitet haben, bietet einen Überblick über das komplizierte Rentenrecht und berücksichtigt dabei auch die Neuregelungen, die 2005 greifen werden. Der Ratgeber der Verbraucherzentralen zeigt, wie die persönlichen Rentenansprüche errechnet werden können, wie die Rente – auch vorzeitig – beantragt wird und wie sich das Rentenrecht optimal für die eigene Situation nutzen lässt. Die unterschiedlichen Gestaltungsmöglichkeiten der verschiedenen Rentenarten werden anhand zahlreicher Beispielrechnungen veranschaulicht.

Taschenbuch „Meine Rente – Rentenberechnung verständlich und kompakt“, 12,30 Euro inklusive Versand- und Portokosten gegen Rechnung bei: Versandservice des vzbv, Heinrich-Sommer-Str. 13, 59939 Olsberg, Tel: 0 29 62 - 90 86 47, Fax: 0 29 62 - 90 86 49, E-Mail: versandservice@vzbv.de, Internet: www.ratgeber.vzbv.de